

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 Mk., Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mk., Reklamen 12,00 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübener Volksbote

Nummer 23.

Montag, den 27. März 1922.

29. Jahrgang.

Rüstet zur Maifeier!

Zum viertenmal seit Beendigung des großen Mordens begeht das Proletariat seinen Weltfeiertag. Aber obwohl die Zeitspanne, die uns vom Weltkrieg trennt, fast dessen Länge erreicht hat, liegt Europa noch immer krank und fiebernd an seinen Wunden. Ein durch Gewalt statt durch Vernunft diktiert Frieden macht jede Genesung unmöglich, zerrüttet das Wirtschaftsleben bei Siegern und Besiegten, schafft ständig neue Konflikte und Beunruhigungen.

Bei diesen Folgen beginnt auch in den Kreisen, die auf das Allheilmittel der Gewalt eingeschworen waren, langsam die Erkenntnis zu dämmern, daß unter dem Diktat des Säbels ein Wiederaufbau Europas unmöglich ist. Die einzige Klasse jedoch, die klar erkannt und von Anfang an verkündet hat, daß

nur durch friedliche Verständigung zwischen den Völkern,

daß nur durch gütliche Uebereinkunft auf der Grundlage der Gerechtigkeit die Folgen des Krieges wieder gutmacht werden können, ist die Arbeiterklasse. Durch den erfolgreichen Verlauf der Flüßländerkonferenz in Frankfurt am Main, wo die Vertreter der sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens mit denen Deutschlands zusammentrafen und übereinstimmende Beschlüsse faßten, ist erwiesen, daß es einen Boden ehrlicher Verständigung zwischen den ehemals kriegführenden Staaten gibt. Zu seiner Erreichung bedarf es allerdings der

Ueberwindung des selbstgerechten anterpartriotschen Nationalismus,

der nur die Interessen des eigenen Landes kennt und allen Völkern gegen diese die Daseinsberechtigung abspricht. Dieser selbstüberhebliche Nationalismus ist es, der die Welt an den Rand des Abgrundes gebracht hat und jetzt vollends hineinzuwerfen droht. Ihm gegenüber entfaltet die Sozialdemokratie am ersten Mai mit alter Kraft das Banner der internationalen Solidarität und Völkerverständigung, sie verkündet jene allumfassende Menschenliebe, die nicht etwa die Liebe zum eigenen Volke und Lande ausschließt, sondern die höhere Stufe des Gemeinschaftsgeistes über ihr bedeutet. An dem Siege dieser Gedanken hängt die Rettung der europäischen Kultur vor vollkommener Vernichtung durch den Nationalismus!

Damit der Gedanke der Völkerverständigung siegen kann, hat das deutsche Volk sich ehrlich und offen zu der Pflicht bekannt, die durch Verschulden des militaristisch-monarchistischen Systems verursachten Kriegsschäden mit seiner Arbeit wieder gutzumachen. Nur aus einer Politik der Erfüllung bis zur Grenze des Möglichen kann der Verständigungsgedanke bei den Völkern emporkeimen, deren Länder mit Ruinen des Krieges gefüllt sind. Nur diese Politik kann beweisen, daß die Lasten des Versailler

Diktats die Kräfte des deutschen Volkes weit übersteigen und auch bei bestem Willen nicht geleistet werden können.

Freilich erwachsen dem deutschen Volke aus dieser Erfüllung neue schwere Lasten zu der ungeheuren Verarmung, die der Krieg herbeigeführt hat. Wir müssen verlangen, daß diese Lasten vornehmlich von denen getragen werden, die von der allgemeinen Verarmung nicht betroffen worden sind. Ohne

deutlich sichtbare Opfer des alten und des neuen Besitzes

ist das Finanzproblem nicht zu lösen. Die Erfassung der Sachwerte wird und muß einmal kommen. Wenn die Besitzenden sie vorderhand auch abgewehrt haben, wird die Sozialdemokratie ihr Ziel nicht aus dem Auge verlieren.

Die Sozialdemokratie wird auch alle Bestrebungen der kapitalistischen Kreise abwehren, die darauf abzielen, durch Beseitigung des Achtfundentages die Reparationslasten allein der Arbeiterklasse aufzubürden. In der Einführung des achtstündigen Arbeitstages erblickt das Proletariat eine der größten Errungenschaften der Revolution. Es wird diese Errungenschaft mit der äußersten Energie zu verteidigen wissen.

Schwer zu Boden gedrückt wird die Arbeiterklasse durch das gewaltige Anwachsen der Teuerung. Soweit diese eine Folge der fortschreitenden Geldentwertung ist, die ihrerseits in dem herrschenden Gewaltfrieden ihre Ursache hat, kann sie nur durch die von der Sozialdemokratie betriebene internationale Verständigungspolitik bekämpft werden. Zum andern Teil freilich ist die Teuerung die Folge des Wuchers, namentlich des Wuchers mit den notwendigsten Nahrungsmitteln. Gegen ihn verlangen wir die schärfsten staatlichen Maßnahmen.

Ueber allen Tagesfragen aber leuchtet uns das unverrückbare Ziel des Sozialismus als des einzigen Zustandes, der die menschliche Gesellschaft aus den jetzigen Widersprüchen und Nöten befreien kann. Aus den Leiden des Krieges und der Nachkriegszeit hat die Arbeiterklasse die Lehre gezogen, daß nur

die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems

für sie selber und für die Menschheit überhaupt bessere Zeiten bringen kann. Der sozialistische Gedanke lebt und marschiert. Wenn auch das Vernichtungswort des Krieges die wirtschaftliche Verwirklichung des Sozialismus erschwert und hinausgezögert hat, so hat dafür die Revolution seine politische Grundlage geschaffen: die demokratische und republikanische Freiheit. Indem sie diese gegen alle reaktionären Mächtschaften mit Gut und Blut verteidigt, schützt die Arbeiterklasse den heiligen Boden, aus dem die Saat einer besseren, froheren Zukunft reißt. Ihr harren wir vertrauensvoll entgegen, indem wir den ersten Mai feiern mit der Parole:

**Für Völkerverständigung! Für Schutz des Achtfundentages!
Für Freiheit und Sozialismus!**

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Not der Zeitungen.

Auch ein Erfolg der „freien“ Wirtschaft.

Dr. L. Lübeck, 27. März.

Vor einiger Zeit erschien an der Spitze fast aller deutschen Zeitungen eine Kundgebung der Zeitungsverleger an die Öffentlichkeit. Darin wurde festgestellt, daß das gesamte deutsche Zeitungswesen mitten in einer furchtbaren Krise stehe. Viele Zeitungen seien schon zusammengebrochen; viele Betriebseinschränkungen und Stilllegungen von kleineren und mittleren Blättern ständen dicht bevor. Wirtschaftliche Not zwingt die Zeitungen, sich in die Hörigkeit unbekannter Mächte und fremdländischen Kapitals zu begeben. Schon jetzt werde die öffentliche Meinung auf ungewöhnlich unkontrollierbare Weise beeinflusst durch Massenproduktion fertiger Materialien für billiges Geld. Die Freiheit der deutschen Meinung werde dadurch völlig ver-

fälscht und unterdrückt. Die Presse fordere aus allen diesen Gründen, im Interesse des Volksganzen, von der Regierung die allerstärksten Maßnahmen.

Natürlich suchten die Zeitungsverleger auch nach den Gründen dieses außerordentlichen Notstandes. Sie kamen zu folgendem Schluß: „Schuld daran ist vor allem eine nur dem Namen nach freie Wirtschaft, bei der in Wirklichkeit die deutsche Presse der rücksichtslosen Preisdiktatur der Syndikate ausgesetzt ist.“ Mit Entrüstung wird dann auf die ungeheuren Gewinne der Papierfabriken hingewiesen.

Es ist zum Lachen! Seit Jahr und Tag fordert die gesamte bürgerliche Presse die freie Wirtschaft. Es gelang ihr, große Volksteile zu bekören und gegen die Zwangswirtschaft aufzupeitschen. Mit allen Mitteln der Verhegung

und Verleumdung riß man die gesamte staatliche Zwangswirtschaft herunter. Auch die Forderung, daß die amtliche Wirtschaftsstelle für Zeitungspapier abgebaut werden müsse, wurde Tag für Tag wiederholt. Was nützte es, daß die Arbeiterzeitungen voller Leidenschaft immer wieder darauf hinwiesen, daß freie Wirtschaft gleichbedeutend sei mit Preisdiktatur der Unternehmerverbände, des Großkapitals. Daß der Abbau der staatlichen Bewirtschaftung einen unerhörten Wucher in allen Gegenständen des täglichen Bedarfs herbeiführen müsse? Alle bürgerlichen Blätter, von den monarchistischen Schimpfblättern bis zu den Organen der sogenannten Demokratie, und an der Spitze die windelweiche „General-Anzeiger“, lächelten höhnisch über diese sozialdemokratischen Warnungen; auch diesmal verkauften sie ihre bessere Einsicht den knisternden Silberlingen des Kapitals.

Dieser ungeheure Verrat, der die arbeitende Bevölkerung, die Konsumenten aller Stände zugunsten der Agrarier und Fabrikanten in Not und Hunger warf und in noch größeres Elend versinken lassen wird, wurde den Zeitungen

Die Markt fest.

Berlin, 26. März.

Am Berliner Devisenmarkte hat am Sonnabend die wilde Aufwärtsbewegung der Kurve ihr Ende erreicht.

Hoch der Lebensmittelwucher!

Der Reichs-Landbund hat an sämtliche maßgebenden Regierungsstellen folgendes Telegramm geschickt: Obgleich der Landwirtschaft für das kommende Erntefahr die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft in Aussicht gestellt war, haben sich in der letzten Ernährungskonferenz die Vertreter der Länder für Getreide- und Kartoffelbewirtschaftung ausgesprochen.

Bessere Aussichten für Genua.

Eine Denkschrift Lloyd Georges von 1919.

London, 25. März.

Der 'Times' zufolge wurde gestern in der Downingstreet erklärt, daß Lloyd George sich wieder ganz wohl befinde und der Konferenz mit größtem Interesse entgegenstehe.

'Daily Chronicle' bezeichnet ein gestern veröffentlichtes Memorandum Lloyd Georges aus dem Jahre 1919 als ideale Einleitung für die Konferenz von Genua.

Weiter heißt es in der Denkschrift: Wenn wir klug sind, so bieten wir Deutschland einen gerechten Frieden an, einen Frieden, den alle vernünftigen Leute der Alternative des Bolschewismus vorziehen.

Amerika norstomt sich und Stimme in der Reparationskommission.

New York, 25. März. (Kundenspruch.)

Wie dem Vertreter der 'Associated Press' zu der Meldung, daß Harding dem Senat zu empfehlen gedenke, die Ernennung eines amerikanischen Mitgliedes zur Reparationskommission zu bewilligen, aus Washington mitgeteilt wird, habe die jüngste Entscheidung der Senats in Europa, namentlich die Forderung von 24 Milliarden Dollar für die amerikanischen Besatzungstruppen, die leitenden Stellen der Regierung zu der Ansicht gebracht, daß den Interessen Amerikas in besserer Weise als bisher gebührend werde, wenn ein offizieller Vertreter zu der die deutschen Angelegenheiten behandelnden alliierten Kommission entsendet werde.

Eine zweite Amerikanote an die Entente.

Paris, 27. März.

Die Amerikaner haben eine weitere Note an die Ententeregierungen über die Frage der Besatzungskosten gerichtet. Diese zweite Note richtet sich besonders gegen Frankreich. Es heißt darin, da die amerikanische Forderung der Gleichbehandlung nicht dementsprechend in Mitleidenschaft gezogen werden könne, daß im französischen Konto der Besatzungskosten im Rheinland ein Defizit bestehe.

Die Konsolidierung der alliierten Schulden an Amerika.

Paris, 27. März.

Ein Depesche aus Washington berichtet, daß die vorbereiteten Arbeiten für die Unterhandlungen über die Konsolidierung der alliierten Schulden an Amerika durch Sachverständige erfolgen werde. Des leitende Komitee sei aus fünf Mitgliedern zusammengesetzt, darunter Finanzminister Mellon, Staatssekretär Hughes und Gesundheitsminister Hoover.

Sozialdemokratischer Lehretag.

Ein sozialdemokratischer Lehretag, einberufen von der Lehretersorganisation unserer Partei, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, findet während der Osterferien in Hamburg statt.

Die russische Frage.

Ueber den zweiten Tag der Sachverständigen-Konferenz meldet 'Daily Telegraph': Die Hauptgrundzüge des britischen Planes zur Liquidation der verschiedenen Kategorien russischer Schulden scheinen allgemein gebilligt worden zu sein, darunter auch die Vorschläge des fünfjährigen Moratoriums.

Verhandlungsabbruch in Genf.

Polen behauptet Unzuständigkeit.

Die deutschen und polnischen Bevollmächtigten in Genf beendigten, wie W.B. meldet, gestern gemeinsam mit Präsident Calander in nichtöffentlicher Sitzung die offiziellen Verhandlungen über die bisher noch strittig gebliebenen Punkte. Bezüglich des Versailler Artikels 236 wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Frage seiner Auslegung nicht der Zuständigkeit der in der Genfer Note vorgesehenen internationalen Instanzen unterliegt.

Verhandlungsabbruch in Genf.

Das ist natürlich eine Auffassung, die sowohl den Präzedenzfall der Konferenz als auch die deutsche Abordnung vor eine neue Situation stellen kann.

aber schlecht gedankt. Sie fühlen jetzt am eigenen Leibe, welche Macht die Besitzer der Sachwerte, des Kapitals haben. Die Papierfabrikanten legen die Papierpreise nach Belieben fest; sie stecken ungeheure Gewinne ein; die Zeitungen aber, ihre Hauptabnehmer, können kaum mehr atmen.

Der Weg der bürgerlichen Presse liegt klar vor dem Auge jedes Sehenden. Sie wird in ihrer Not ihre letzte Freiheit verkaufen! Sie wird ihre Redaktionsstube dem zahlenden Kapital in noch höherem Maße als bisher zur Verfügung stellen; sie wird sich bald von Dirnen niederer Sorte in nichts mehr unterscheiden.

So wird auch dieser neueste Sturm vorbeiziehen. Das Kapitel wird durch Inserate und andere Zuwendungen 'seiner' Presse wieder besser ausfallen. Und diese wird zum Danke dafür trüglicher als je in das Horn der freien Wirtschaft schmettern; wird dem hungernden Volke aufs neue den weißen Pfeffer der Lüge und Verdummung in die Augen streuen.

Und die Arbeiterpresse? Sie kämpft den gleichen schweren Kampf um ihr Dasein. Das Kapital wird im entscheidenden Moment seine Presse füttern, gegen die Arbeiterblätter aber zum letzten Schlag ausholen.

So ist die Sachlage! Für uns kann es nur eine Lösung geben: 'Lieber den Tod als haarbreites Abbiegen von der geraden Straße des Kampfes gegen jede Ausbeutung, gegen die freie Wucherwirtschaft; gegen das gesamte Großkapital.' Das Kapital ist mächtiger als je, und auch rücksichtsloser.

Wer in solchen Tagen der Not seine Fahne verläßt, der ist ein Verräter! Verräter an seinen Kindern, an seinen Brüdern, an ganzen arbeitenden und leidenden Volke, und an sich! Jeder hat jetzt doppelte Pflicht zu tun im Dienste der Arbeiterbewegung, für die Freiheit des Volkes! Jeder hat die Pflicht, seine Arbeiterzeitung auch in diesen Tagen der beständigen Bezugspreisvertenerung treu zu bleiben! Und neue Abonnenten zu werben! So viele Arbeiter und Angeheerten lesen noch die bürgerlichen Zeitungen des Volksbetrugs! Sie müssen aufgeklärt werden! Sie sollen tagtäglich erfahren, daß diese Zeitungen ungeheure Mitschuld an den Preissteigerungen für Kartoffeln und Brot tragen. Dann werden sie bald voller Scham ihr bürgerliches Blatt aus dem Hause werfen, und eintreten in die Reihen der Kämpfer gegen die Ausbeutung.

Jeder Arbeiter aber, der einen neuen Abonnenten für sein Blatt gewinnt, erweist seiner Klasse einen Dienst, der in diesen Tagen der Not doppelt zählt. Diesmal gehts ums Ganze!

Und noch etwas möchten wir bei dieser Gelegenheit unseren Lesern zurufen. Zwingt die Geschäfte, in eurer Zeitung zu inserieren! Reibet alle Kaufleute und Gewerbetreibenden, die es nicht für nötig halten, ihre Waren auch im 'Volksboten' auszusprechen. In diesem Punkte können die Arbeiterfrauen der Arbeiterbewegung ungeheure Dienste leisten.

Arbeiter! Angeheerte! Beamte! Halte! Haltet fest zu eurer Zeitung! Wecht überall und unabhängig für den 'Lübecker Volksboten'. Er steht und fällt mit Euch! Haltet ihn in seinem schweren Kampfe!

des Schiedsgerichtsverfahrens beschränkt bleiben müssen. Die italienischen Sachverständigen unterbreiteten auch eine Anzahl von besonderen Vorschlägen, z. B. betreffend das kommerzielle Kaufverfahren, für das besondere Zollabkommen notwendig werden würden, sowie betreffend die Entsendung von technischen und anderen Spezialkommissionen nach Rußland. Die französischen Delegierten waren dagegen der Ansicht, daß einige der italienischen Vorschläge Sache der in Frage kommenden Regierungen seien und entsprechend ihren Bedürfnissen und Auffassungen entschieden werden müßten.

Der Moskauer Prozeß.

Wie der Rigaer Korrespondent des „Niz-Sprek“ von unterrichteter Seite erfährt, findet die gerichtliche Aburteilung der verhafteten Sozialrevolutionäre in Moskau, ungeachtet der Proteste aus dem Auslande zu dem ursprünglich festgesetzten Termin statt. Die Sowjetregierung glaubt durch diesen Prozeß die antisowjetistische terroristische Wirksamkeit der Sozialrevolutionären Partei aufheben zu können. Doch soll die Fällung von Todesurteilen von vornherein ausgeschlossen sein. Nach Abschluß des Prozesses beschließt die Sowjetregierung sämtliche Anklageakten den ausländischen sozialistischen und kommunistischen Organisationen, vielleicht schon der bevorstehenden Konferenz der drei Internationalen, zur Einsicht zu übermitteln.

Die Petersburger Abteilung des Staatlichen Politischen Amtes (der früheren Tscheka) kündigt in der Sowjetpresse einen neuen Sozialistenprozeß gegen einen „Blod“ von Sozialrevolutionären und Anarchisten an, der angeblich mit Hilfe von Berufsverbrechern durch Plünderungen und Raubmorde Geldmittel zum Kampf gegen die Sowjetregierung zu beschaffen versucht haben soll. Der als Mitglied des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei bezeichnete Angeklagte Gontscharow soll nach den sowjetamtlichen Angaben ausgelegt haben, er habe von dem Sozialrevolutionären Führer Tschernow die Anregung erhalten, einen Eisenbahntransport mit Geldnoten zu plündern und habe diesen Plan nach der Abreise Tschernows ins Ausland dem „Blod“ vorgelegt.

Ehrentafel der Sozialrevolutionäre.

Die von der „Roten Fahne“ und von der „Humanität“ als „Verbrecher“, „Konterrevolutionäre“ und dgl. beschimpften Sozialrevolutionären Führer, die vom Außerordentlichen Tribunal der Sowjetregierung abgeurteilt werden sollen, gehören in Wirklichkeit zu den hervorragendsten Vorkämpfern der Revolution unter dem Zarenregiment, wie man aus folgenden „Strafregister“ ersehen kann: (Die mit einem * versehenen Namen sind die der Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei).

Namen	Dauer der Gefangenschaft	
	1. unter dem Zarenismus (in Gefängnissen)	2. unter dem Sowjetismus
Bedenadine*	3 Jahre	1 Jahr 6 Monate
Zimofeol*	12 "	1 " 6 "
Goh*	10 "	1 " 6 "
Morofol	10 "	2 Jahre 3 "
Kofolef	12 "	2 Monate
Samoilents	10 "	8 "
Pilny	8 1/2 "	8 "
Gromof	2 1/2 "	4 "
Antonof	8 "	3 "
In den Festungen und in Exilorten		
Zeitline*	5 Jahre	1 Jahr 6 Monate
Artemief	5 "	2 Jahre 2 "
Frau Ratner*	5 "	2 " 5 "
Pon-Fot*	8 "	2 " 5 "
Studenetsky	3 "	1 Jahr 2 "
Kafol*	8 "	1 " 5 "
Woddel-Fy	4 "	5 Monate
Glets-Goloboutsky	18 "	7 "
Grosdol	5 "	9 "
Gandelmann*	2 "	7 "
Lithach	3 "	9 "
Aljofsky	5 1/2 "	2 Jahre
Kanounikof	8 "	8 Monate
Karionne	4 "	8 Monate
Smertingne	1 Jahr	1 Jahr 6 Monate
Smodalhel	6 Monate	1 Jahr
Kitonof	5 Jahre	1 Jahr

Dazu kommen noch die in den Gefängnissen von Petersburg, Odessa, Karkow, Irkutsk, Tomsk usw. Eingekerkerten.

Umwandlung der Staatsbergwerke in eine Aktiengesellschaft.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß heute im Hauptauschuß des preußischen Landtages zur Umgestaltung der Staatsbergwerke Handelsminister Siering die Erklärung abgegeben habe, es sollten alle Staatsbergwerke, Sünnen und Salinen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Diese Angabe könnte über den geplanten Charakter der Reform sehr irre führen. Natürlich denkt der preußische Handelsminister Genosse Siering und sein Staatskommissar Köpfe nicht im Traum an eine Stinnesierung der preußischen Bergwerke, an ihre Auslieferung an das Privatkapital. Geplant ist etwas ganz anderes: Bisher hat jedes Staatsbergwerk seine eigene beamtete Betriebsleitung. Oberste Verwaltungsbehörde ist das Handelsministerium, das zugleich als Bergbauunternehmer, Bergpolizeibehörde und Sozialfürsorgebehörde für den Bergbau fungiert, und zwar so, daß die einzelnen Geheimräte im Laufe des Tages bald diese, bald jene Funktion wahrnehmen und alle darunter leiden. Jetzt soll die Staatsunternehmung von der Staatshoheitsverwaltung sauber getrennt und das ganze staatliche Bergbauunternehmen einer Generalleitung unterstellt werden, an deren Spitze ein kaufmännischer, ein technischer und ein sozialer Direktor stehen sollen. In die Form der Aktiengesellschaft wird dabei kaum zu denken sein, selbst wenn man die Bezeichnungen Generaldirektion und Aufsichtsrat wählen sollte. Jedenfalls muß völlige Klarheit darüber bestehen, daß der Staatsbergbau Staatsbergbau bleiben und nicht im geringsten dem Privatkapital ausgeliefert werden soll. Auch sollen nicht etwa neue Aktiengesellschaften nach Art der dem Staat gehörigen Grube Ibernia gegründet werden. Wohl aber hat der Handelsminister angekündigt, daß er sofort ein Gesetz vorlegen werde, das alle noch freien Kohlenfelder in dem Deutschen Reich verbleibenden Teil Oberschlesiens für den Staat beschlagnahmt.

Die Agrarier rebellieren.

SPD. Berlin, 24. März. (Drahtbericht.)

Mit der Not des Volkes nimmt die Frechheit der deutschen Agrarier, sowie das Auswüchsigelüft jener Leute zu, denen wir das heutige Elend zu verdanken haben. Bekanntlich fand am vergangenen Dienstag eine Konferenz der Ernährungsminister der Länder statt, die sich eingehend für die Fortsetzung des Umlageverfahrens in Bezug auf die Brotgetreidebewirtschaftung aussprach und weiterhin eine andere Bewirtschaftung der Kartoffeln als bisher von der Reichsregierung vorgenommen wurde, forderte. Die Beschlüsse der Ernährungsminister, die im Interesse des deutschen Volkes liegen, veranlassen nun den Reichslandbund in der „Deutschen Tageszeitung“ zu einer geradezu unerhörten Erklärung: „Weg mit der Umlage!“ Es wird unter anderem gesagt, daß man im Vorjahre von Regierungsseite das Versprechen abgegeben habe, die freie Wirtschaft einzuführen, dem aber bisher nicht nachgekommen ist. Zum Schluß heißt es: „Eine Umlage im neuen Erntejahr 1922 ist undurchführbar. Schroffste Bewahrung muß gegen die laienhafte Art eingelegt werden, die auf Seiten der Regierung aus der großen Not der Gegenwart die größere Not der Zukunft bereiten wird. Ein Sturm der Entrüstung wird angeht des Beschlusses der Ernährungsminister durch die einheimische Landwirtschaft gehen. Der Durchführung der beschlossenen Zwangsmaßnahmen steht die deutsche Landwirtschaft einmütig ein „Niemals“ entgegen.“

Diese freche Verhöhnung und die abermalige Androhung von Steuer- und Lieferstreiks, die in dem „Niemals“ verborgen ist, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu den nötigen Schritten veranlassen. Im übrigen dürfen sich die deutschnationalen Agrarier, die in gewissen Zeiten von sogenannter Vaterlandsliebe strotzen, merken, daß noch Hunderttausende von Landarbeitern leben, die mehr Wohlthun müßten haben dem Volke gegenüber, und die jederzeit bereit sein werden, den deutschnationalen Agrariern beizubringen, was dem Interesse des Landes dient.

Das Umsatzsteuergesetz.

Der Reichstag hat das Umsatzsteuergesetz in zweiter Lesung verabschiedet. Es ist anzunehmen, daß das Gesetz ohne wesentliche Abänderung in einigen Tagen auch die dritte Lesung passiert.

Die Umsatzsteuer ist mit einem Ergebnis von 24 Milliarden Mark eine der ergiebigsten Quellen für das Reich. Bei der außerordentlichen Preissteigerung, die eingetreten ist, kann vielleicht mit einem noch erheblich höheren Steuerertrag gerechnet werden. Ein höheres Erträgnis ist schließlich auch zu erwarten, weil nach Angabe des Reichsfinanzministeriums zurzeit nur 60 Prozent der Umsatzsteuer erfaßt werden. Wir werden deshalb darauf hinwirken, daß das Reichsfinanzministerium mit aller Entschiedenheit Vorkehrungen trifft, daß die Umsatzsteuer reiflos eingezogen wird. Dabei ist besondere Sorgfalt auf die Prüfung der zahllosen mittleren und kleinen Geschäfte zu legen, die fast ausnahmslos von Angehörigen einer Familie geführt werden und am ehesten Hinterziehungen begehen können.

Das Finanzministerium hatte ursprünglich die Absicht, die Steuer, die jetzt 1 1/2 v. H. beträgt, auf 3 hinaufzusetzen. Der Reichsrat sprach sich aber nur für 2 1/2 Prozent aus, und der Reichswirtschaftsrat entschied sich, obwohl der Reparationsauschuß mit großer Mehrheit für 2 1/2 Prozent eintrat, nur für eine Steuer von 2 v. H. In den Ausschüßverhandlungen und bei den Besprechungen mit den Kompromißparteien war übereinstimmend die Ansicht vorhanden, daß ein höherer Satz wie 2 Prozent nur in Frage kommen kann, wenn absolute Einnützigkeit darüber besteht. Da wir uns gegen eine derartig weitgehende Erhöhung aussprachen, waren die bürgerlichen Parteien ohne weiteres bereit, den Satz von 2 Prozent anzunehmen. Die Unabhängigen widersprachen im Ausschüß einer Erhöhung, stimmten aber, als ihr Antrag abgelehnt war, für 2 Prozent, die Kommunisten taten das gleiche.

In den Ausschüßverhandlungen wurde einem Antrage des „Freien Ausschusses der Genossenschaften“, der die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer vorschlägt, fast einmütig zugestimmt. Der Antrag war unterstützt von Vertretern der Linksparteien, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen und erregte bald als Antrag Hammer-Breitscheid die schärfste Entrüstung in den weitesten Kreisen des interessierten Bürgertums. Es stand denn auch sehr bald fest, daß abgesehen von zwei oder drei bürgerlichen Genossenschaftlern kein anderes Mitglied einer bürgerlichen Fraktion bereit war, im Reichstage für die Annahme dieses im Ausschüß gefaßten Beschlusses einzutreten. In den Kompromißverhandlungen ist die Sozialdemokratie mit Nachdruck dafür eingetreten, daß die Befreiung der Genossenschaften durchgeführt wird, aber keine der Parteien ließ sich darauf ein. Sie waren auch unter keinen Umständen bereit, die Abstimmung im Plenum freizugeben. Wir mußten daher, sollte das Kompromiß an dieser Frage nicht scheitern, uns damit abfinden, daß der bisherige Zustand, der den Genossenschaften kein Vorkrecht gibt, beibehalten bleibt.

Die Forderung, die Genossenschaften steuerfrei zu lassen, stieß auch deshalb auf erheblichen Widerstand, weil bei der Schaffung der früheren Umsatzsteuergesetze weder von den Vertretern der Unabhängigen noch von unserer Seite oder von Genossenschaftlern die Forderung aufgestellt wurde, eine solche Steuerbefreiung einzutreten zu lassen. Ja, als in der Nationalversammlung bei Beratung des Umsatzsteuergesetzes ein demokratischer Abgeordneter und Genossenschaftsvertreter über einen solchen Antrag mit dem unabhängigen Abgeordneten Wurm sprach, wurde ihm der Rat gegeben, von der Einbringung desselben Abstand zu nehmen. Man hat also schon damals Abstand davon genommen, einen so weitgehenden Antrag einzubringen, obwohl die Nationalversammlung eine für diese Frage günstigere Zusammensetzung aufwies als der Reichstag. Uebrigens paßt in diesen Rahmen die Feststellung, daß selbst die Genossenschaftsvertreter wie auch die Unabhängigen, die im Reichswirtschaftsrat arbeiten, sich nicht veranlaßt sahen, im Herbst vorigen Jahres anlässlich der Beratung des Umsatzsteuergesetzes den Antrag auf Befreiung der Genossenschaften zu stellen. Wir geben zu, daß die Umsatzsteuer nicht nur für die arbeitenden Massen eine starke Belastung ist, sondern auch eine nicht günstige Wirkung auf die Genossenschaften ausüben wird. Aber trotzdem ist nicht anzunehmen, daß die Entwählung der Genossenschaftsbewegung eine wesentliche Hemmung erfährt. Die Genossenschaften haben die Möglichkeit, sich derart kapitalträchtig zu machen, daß sie ihre Waren auf kurzem Wege

vom Erzeuger beziehen und so nicht unerheblich an Steuern sparen können.

Erwähnenswert ist insbesondere die Annahme eines Antrages, nach dem die in der Kleingartenwirtschaft erzielten Produkte dann umsatzsteuerfrei bleiben, wenn der Besitz Arbeitern, Angestellten, Beamten oder Rentnern gehört. Auch der Antrag, der die Angehörigen von Landwirten, soweit sie älter als 16 Jahre und im elterlichen Betriebe voll beschäftigt sind, von der Umsatzsteuer befreit, ist der Erwähnung wert. Die Sozialdemokratie stimmte dem Antrage nicht zu, obwohl damit nur eine Gleichstellung mit den fremden landwirtschaftlichen Bediensteten herbeigeführt worden ist, da von ihr derartige Ausnahmen nicht gebilligt werden. Die von den Genossenschaften verteilten Dividenden bleiben unter allen Umständen umsatzsteuerfrei.

Bei der Abstimmung über den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes gab es eine große Überraschung. Im Ausschüß traten sowohl die Unabhängigen wie auch unsere Vertreter für die Inkraftsetzung des Umsatzsteuergesetzes am 1. Januar ein. Die Regierung hatte bereits Mitte November eine Mitteilung ergehen lassen, daß die Umsatzsteuer ab 1. Januar jedenfalls 2 1/2 Prozent betragen dürfte. Alle Geschäfte haben daher für die zum Verkauf gebrachten Waren die erhöhte Umsatzsteuer in Ansatz gebracht. Wäre daher der Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten angenommen, die erhöhte Umsatzsteuer erst am 1. April in Kraft treten zu lassen, wäre damit den Groß- und Kleinhändlern und auch der Industrie wie den Banken ein Geschenk gemacht, das mindestens eine, vielleicht zwei bis drei Milliarden beträgt. Mit uns stimmten das Zentrum und die kommunistische Arbeitergemeinschaft, während die Unabhängigen und die Moskauer Kommunisten mit den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten dagegen stimmten, aber in der Minderheit blieben.

Volkswirtschaft.

Preiswelle und Zeitungsnot. Man schreibt uns: Unter den vielen Klagen über die Folgen der Preissteigerung steht eine besonders im Vordergrund: das ist die ganz außerordentliche Heraushebung des Papierpreises. Noch vor kurzem glaubte man mit einem Preise von 8,50 Mk. für das Kilogramm unter keinen Umständen auskommen zu können, während gegenwärtig die Papierfabriken für den Monat April einen Preis von 13,50 Mk. fordern. Die Folge dieser Papierpreiserhöhung ist für die kleine Presse schwer zu ertragen und andauernd werden bereits gegenwärtig Zusammenbrüche schwacher Zeitungsunternehmen gemeldet. Nicht zuletzt ist die sozialdemokratische Partei um die Lebensfähigkeit der Presse ernstlich besorgt. Geht man den Ursachen der Preissteigerung nach, so sind es im wesentlichen die enorm hohen Holzpreise, die eine Erklärung für den gegenwärtigen Stand abgeben. Wenn es uns nicht gelingt, eine Zwangswirtschaft für Holz in der Weise durchzuführen, daß für die Zellstofffabrikation ein bestimmtes Quantum Holz, das für das Zeitungspapier den Bedarf deckt, zu billigen Preisen hergegeben wird, so werden alle Bemühungen, an dem für April festgesetzten Preis vorbeizukommen, erfolglos bleiben. Leider hat die Presse, soweit solche Bemühungen überhaupt ernstlich verfolgt sind, bei den Einzelstaaten und auch beim Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das die Frage der Holzlieferung zu bearbeiten hat, nie eine Unterstützung in ihren Bestrebungen gefunden, und das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich bisher ablenken gegen jede Zwangsmaßnahme ausgesprochen. Die Zellstofffabriken geben in ihren Preisalkulationen an, daß für Papierholz bis zu 900 Mk. das Raummeter gefordert werden und bei diesem Preis ihre Anforderung keine übermäßige Höhe erlangt habe. Es handelt sich hier um eine Frage, die für das deutsche Volk auch von großer kultureller Bedeutung ist, denn es würde bei diesen Preisen wahrscheinlich nur möglich sein, die großen Blätter noch lebensfähig zu erhalten. Damit würde ein Monopol in der Presse geschaffen, das politisch von den übelsten Folgen begleitet wäre.

Devisen-Kurse.

Berlin, 27. März.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	25. März.	24. März.
Amsterdam	100 fl.	12187.80
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2707.25
Kristiania	100 Kr.	5779.20
Kopenhagen	100 Kr.	6823.15
Stockholm	100 Kr.	8416.55
Helsingfors	100 finn. Mk.	669.80
Rom	100 Lire	1653.30
London	1 £	1411.05
New York	1 Doll.	321.17
Paris	100 Frs.	2917.05
Zürich	100 Frs.	6283.70
Madrid	100 Pesetas	5024.95
Wien	100 K.	4.28
Budapest	100 K.	96.36
Prag	100 K.	569.40

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit
					Tage
Angekommen am 25. März.					
D.		Lunghang	Schell	Danzig	1 1/2
D.		Sedina	Schrimm	Gunningham	2 1/2
D.		Verdita	Rjoge	Garston	5 1/2
Angekommen am 26. März.					
D.	C.	Ganna	Meder	Fage	2
D.		Otto Jppen 20	Brandies	Stettin	2
D.		Bürgermeister			
D.		Schönburg	Andersen	Bremen	1
D.		Martha	Schier	Neufahrwasser	2
C.		Gans	Mathiesen	Karedefmünde	3
C.		Georgins	Freensche	Odenlee	10
C.		Union	Mathiesen	Karedefmünde	3
C.		Wardor	Wedemager	Sastjöbing	5
C.		Helene	Walters	Langeland	1 1/2
Angekommen am 27. März.					
D.		Fortuna	Honnig	Kallundborg	1
D.		Grunded	Carlson	Kopenhagen	1
D.		Delta	Schmidt	Stettin	1

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Sebest für Preisauf und Heiligtum Hermann Bauer; für Partei und Genossenschaften August Schulz; für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg Druck von Friedrich Meyer & Co., Familie in Lübeck

Freistaat Lübeck.

Montag, 27. März.

Eine Rundgebung des Jungproletariats

gegen die Aufhebung des Achtstundentages für die arbeitende Jugend fand Sonntag morgen im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Genosse Dr. Leber unterzog den neuen Reichsarbeitszeitgesetzentwurf einer scharfen Kritik, weil durch seine Verwirklichung von einem wirklichen Jugendschutz nicht mehr gesprochen werden könnte. Ferner gestellte der Referent die Art und Weise, wie bereits heute die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von ihren Lehrherren und Arbeitgebern behandelt würden. Der Aktionsausschuss, der aus Vertretern des Vereins „Arbeiter-Jugend“, der Kommunisten-Jugend und den gewerkschaftlichen Jugendsektionen zusammengesetzt war, brachte folgende Entschlüsse ein, die einstimmig angenommen wurden:

„Die am 26. März 1922 im großen Saale des Gewerkschaftshauses gut beschlossene Versammlung des Jungproletariats erhebt entschiedenen Protest gegen die völlige Aufhebung der von der Jugendorganisationen gemachten Abänderungsvorschläge zu dem Reichsarbeitszeitgesetz und fordert erneut:

1. Das Gesetz soll auf die Arbeiter und Angestellten aller Berufsgruppen ausgedehnt werden.

2. Jugendliche unter 16 Jahren sollen nur 6 Stunden am Tage arbeiten dürfen; für die Jugendlichen bis zu 18 Jahren beträgt die mögliche Arbeitszeit 45 Stunden. Allen Jugendlichen sind die geleglich festgesetzten Pausen und der freie Sonnabendmorgens zu gewähren.

3. Die Arbeitszeit muß in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 3 Uhr abends liegen; nach der Arbeitszeit muß eine 12stündige Ruhezeit vorhanden sein. Hiervon soll auch in mehrschichtigen Betrieben nicht abgegangen werden.

4. Die Nachtarbeit Jugendlicher soll unter keinen Umständen (auch nicht in den sogenannten Saisonbetrieben) zugelassen werden.

5. Die für den Unterricht an den Pflichtfortbildungsschulen notwendige Zeit ist in die 45stündige Arbeitswoche einzurechnen. Durch den Schulbesuch dürfen den Jugendlichen keine Lohnausfälle entstehen.

6. Die Genehmigung von Überstunden soll sich nicht auf Jugendliche erstrecken.

7. Abweisungen von diesen Schlußbestimmungen für Veranstaltung theatralischer, musikalischer Art oder für Schaustellungen usw., wie dies im Entwurf vorgesehen war, sollen nur dann von den Jugendämtern gestattet werden, wenn höheres Kunstinteresse dies rechtfertigt.

8. Die Kontrolle der Betriebe auf Innehaltung soll von den Gewerbe- und Handelsinspektionen in enger Verbindung mit besonderen Beauftragten der Berufsorganisationen erfolgen.

Die impulsive Versammlung zog dann in mühseligster Weise — bei der die Aufstellung der Güter der Ordnung an der Königstraße tatsächlich lächerlich wirkte — in geschlossenem Zuge nach dem Rathaus, wo Genosse Passarge noch einen letzten Appell an die Versammelten richtete.

Eine Protestversammlung

hielt am Sonnabend nachmittag der Lübecker Beamtenbund im Konzerthaus Lübeck ab. Es galt zu der Frage der Wirtschaftsbefristung Stellung zu nehmen. Man kritisierte scharf die Haltung des Senats in dieser Frage und verlangte von ihm, daß er sich für die Erlangung der Wirtschaftsbefristung bei der Reichsregierung einsetze. Das Referat in dieser Sache hielt Genosse Schermer. Er hob zunächst hervor, daß die neue Leber-Teuerungszulage nach den Lohnverhältnissen der Arbeiter der Reichseisenbahnen festgesetzt worden sei. Da aber Lübeck keine Reichs-

eisenbahn habe, so müsse man sich nach der Zulage der Beamten der Lübeck-Büchener Eisenbahn richten. Diese betrage rund 3000 Mark; bei den Reichsbahnen dagegen über 4000 Mark. Der Deutsche Beamtenbund, an dem man sich gewandt habe, hätte sich bereit erklärt, für Lübeck einzutreten. Der Lübecker Beamtenbund sei bei der Beamtenskommission des Senats vorstellig geworden und hätte leider erfahren müssen, daß der Senat aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht die Teuerungszulage beim Reich beantragt habe. Schermer kritisierte dann scharf diese ablehnende Haltung und verlangte vom Senat, daß er ungefähr für die Erlangung der Wirtschaftsbefristung bei der Reichsregierung sich einsetze. Die Not unter den Beamten sei groß, so daß schleunige Hilfe eintreten müsse. Die hiesigen Reichspostbeamten hätten ebenfalls Schritte unternommen, damit sie die Teuerungszulage erlangten. In dieser Frage müßten alle Beamten einig und geschlossen zusammenstehen, dann würden sie ihre gerechten Forderungen schon durchsetzen. Nachdem der Redner noch betont hatte, daß die Reichsbeamten des Versorgungsamtes bereits für ein Wertesetz die Teuerungszulage erhalten hätten, schlug er folgende Entschlüsse zur Annahme vor:

Eine Massenversammlung des Lübecker Beamtenbundes im Konzerthaus Lübeck am Sonnabend, dem 25. März, verurteilt aufs Schärfste die Haltung des Senats in der Frage der Wirtschaftsbefristung. Wenn diese Art der Teuerungszulage auch grundsätzlich zu verwerfen ist, hält die Versammlung angesichts der gewaltig emporkommenden Teuerung für unbedingt erforderlich, daß der Senat ungefähr in Berlin Schritte bei der Reichsregierung unternimmt, damit allen Lübeckischen Beamten so schnell wie möglich die Wirtschaftsbefristung wird, die vom Reich festgelegt ist.

Die Entschlüsse wurden einstimmig angenommen. Ebenfalls angenommen wurde ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, wonach der Vorschlag von 1000 Mark nicht am 1. April vom Gehalt abgezogen, sondern auf die Beihilfen verrechnet werden soll. — Vorher hatte Herr Klein noch über das Vorgehen der Reichspostgewerkschaft zur Erlangung der Wirtschaftsbefristung berichtet. Man habe sich sofort mit den in Betracht kommenden Behörden in Verbindung gesetzt und Telegramme an das Reichspostministerium geschickt, die aber nicht beantwortet wurden. Nachdem man dann endlich telephonische Verbindung erlangt hätte, sei die Antwort erfolgt, daß man mit örtlichen Organisationen nicht verhandeln könne. Schließlich habe man aber doch von dem betreffenden Referenten im Reichsministerium das Versprechen erhalten, etwas in der Sache zu tun. Bis man aber zum Ziel komme, sei noch ein langer Weg zurückzulegen, da mehrere Ministerien die Sache behandeln. Nachdem die Eisenbahnbeamten die Zulage erhalten, sei es um so bedauerlicher, daß der Senat in dieser Frage nichts unternimmt. Eine solche Taktik könne man sich keineswegs gefallen lassen. Redner trat dafür ein, daß der Senat seinem Gehaltenden in Berlin die Einwilligung gibt, für die Erlangung der Teuerungszulage beim Reich sich einzusetzen. Er empfahl, daß am Montag ein Ausschuss beim Senat vorstellig wird, der neben den anderen Forderungen auch diese Forderung dem Senat unterbreitet. — In der Aussprache bemängelte u. a. Herr Neufeld, daß die Bürgerschaft beschlossen hätte, die Zulage nur an die Beamten bis Gruppe 7 auszuzahlen. Die Beamten müßten einig und geschlossen zusammenstehen, der obere Beamte für den unteren und der untere für den oberen eintreten. (Beider haben die oberen Beamten diesen Grundsatze bisher nicht immer innegehalten. Red.) Ferner sprachen noch die Herren Gehle, Mahle, Ohrt und Graban. Während Herr Gehle glaubte, daß heute die Arbeiter und Gewerkschaften bestimmen, was die Beamten erhalten sollten, empfahl Herr Mahle man es zusammengehen mit den freien Gewerkschaften. Ein Ausschuss soll am Montag mit dem Senat über die Forderungen der Beamten verhandeln. Man erwartet bestimmt, daß der Senat den Wünschen der Beamten Rechnung tragen wird.

Die Kritik, die in der Versammlung an dem Vorschlag der Bürgerschaft über die Gewährung der Zulagen geübt wurde, ist nicht stichhaltig. Inzwischen hat der gemeinsame Ausschuss beschlossen, daß alle Beamten diese Teuerungszulage erhalten sollen.

Die Sozialdemokratie hat in diesem Ausschuss beantragt, daß der widerrüfliche Teuerungszulage in Höhe von 2000 Mk. auch den Beamten und Angestellten der Gruppe 8 bis 10, soweit deren Grundgehalt 28 600 Mk. nicht übersteigt, in voller Höhe gewährt wird. Zur Vermeidung von Härten sollen auf die Grundgehälter von 30 000 Mk., 30 100 Mk. und 30 400 Mk. in den Gruppen 9 und 10 die Teuerungszulage nur zur Hälfte gezahlt werden. — Alle diese Dinge dürften Herrn Neufeld als Mitglied des Ausschusses, jammere einigen Herren vom Vorstand bekannt sein. Leider wurde davon in der Versammlung kein Wort gesagt.

Angestellten- und Invalidenversicherung.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Die Hauptgefahrpunkte für die Beibehaltung der Angestelltenversicherung sind die angeblühende größere Leistungsfähigkeit und die höheren Versicherungsleistungen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Vor den letzten Vertrauensmännerwahlen für die Angestelltenversicherung konnte man es in vielen Zeitungen auf die führende Kreise der Angestellten einfließen lassen, daß die Invalidenversicherung nahezu abgemindert habe und sich nur noch durch Uebernahme der großen Mittel und Einnahmen der Angestelltenversicherung retten könne und wolle. Daß diese Invalidenversicherung gleichzeitig für den gemeinnützigen Wohnungsbau aus verfügbaren Mitteln Milliarden herzugeben sich bereit erklärte, wurde dabei einfach übersehen. Ebenso wird, seitdem die Frage der Angliederung der Angestellten an die Invalidenversicherung in die Parteipolitik hineingetragen ist, viel mit Schlagworten gearbeitet, anstatt gründlich zu prüfen, was denn beide Versicherungen ihren Versicherten leisten, und welcher Versicherung aus diesem allein maßgebenden sachlichen Grunde der Vorzug gebührt. Deshalb erscheint es angezeigt, einmal die wirklich vergleichbaren Leistungen beider Versicherungen unter Berücksichtigung des neuen, dem Reichswirtschaftsrat vorliegenden Entwurfs eines Gesetzes für die Angestelltenversicherung vom 24. November 1921 zu vergleichen. Dies ist, da die übrigen Lohn- und Gehaltsgruppen sich nicht heben, nur insoweit in den Lohnklassen B (1000—2000 Mk.) und C (2000—15 000 Mk.) der Invalidenversicherung und II (1500—3000 Mk.) und VIII (10—15 000 Mk.) der Angestelltenversicherung. Danach steht ein 3000 bzw. 15 000 Mk. verdienender Versicherter mit 20 zu versorgenden Kindern in den Gruppen B und II, mehr er nach 10 und 20 Jahren Invalidenrente bzw. Ruhegeld erhält, im Verhältnis zu den geleisteten Beiträgen nach 20 Jahren ungefähr gleich, während nach 10 Jahren der Invalidenrententruer erheblich kürziger abschneidet. In den Gruppen C und VIII dagegen bezieht der Invalidenrententruer nach 10 und 20 Jahren Beitragsleistung etwas mehr als den dritten bzw. vierten Teil der gezahlten Beiträge als Rente, während der Ruhegeldberechtigte sich mit etwas mehr als dem 4. bzw. 5. Teil seiner Beitragsleistung als Ruhegeld bedienen muß.

Bei der Rentenrente liegen die Verhältnisse ähnlich. Eine Witwe nach Gruppe B der Invalidenversicherung erhält nach 10 Jahren etwas mehr als den dritten Teil der Beiträge für ihren verstorbenen Ehemann als Rente, während die Witwe eines Angestellten nur etwas mehr als den 4. Teil der geleisteten Beiträge bezieht. Nach 20 Jahren stehen die beiderseitigen Witwen im Verhältnis zur Beitragsleistung ungefähr gleich. Sehr viel ungünstiger schneiden die Witwen des Angestellten in Klasse VIII gegenüber der C der Invalidenversicherung ab. Die letztere erhält als Rente nach 10 und 20 Jahren etwas mehr als den fünften bzw. etwas weniger als den sechsten Teil der Beiträge, die Witwe des Angestellten dagegen noch nicht den sechsten Teil.

Im allergeringsten stehen endlich die Waisenrentner der Angestelltenversicherung zu denen der Invalidenversicherung. Sind in den Gruppen R und II schon die absoluten Zahlen der Renten bei der Angestelltenversicherung, so weisen im Verhältnis zu den geleisteten Beiträgen sämtliche Berechnungen in der Gruppe R und C der Invalidenversicherung höhere Renten auf als in den Gruppen II und VIII der Angestelltenversicherung. Die Waisenrente der Gruppe B bezieht sich nach 10 Jahren auf etwas

Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

20. Fortsetzung.

Nach langer Zeit wurde es ihm wieder fast behaglich zu Mutte, mozu der um den Leib geschaltete gefüllte Gelbgart das seine beitragen mochte. Er trank nach Durst und übergab eben die blanke zimmerne Bierkarne der behenden Wirtstochter zur weiteren Füllung, als die Tür aufging und der Schmiedbauer hereintrat. — Dieser hatte ihn in nicht weniger als drei Wirtshäusern vergebens gesucht. Sein Mut wurde dadurch nicht geschwächt, und er war eben im Begriff, in ein viertes zu gehen, als ihm von einem Bekannten das rechte verraten wurde.

Der Angerbauer, als er den Gefürchteten erblickte, fuhr zurück, als wenn ihn eine Schlange gebissen hätte. Der Schmiedbauer ging auf ihn zu, das Gesicht von einem Vergnügen belebt, wie es Reinkinde der Fuchs empfunden haben mochte, als er den ehrlichen Lampe in seiner Höhle sah. Große, blanke Zähne weisend, die man ordentlich wässern sah, rief er seinem Opfer zu: „Guten Tag noch einmal! Du bist heute schwer zu finden, Bekter Angerbauer! Schon in drei Wirtshäusern hab' ich dich umsonst gesucht!“

Der Angerbauer hatte sich wieder etwas gefaßt. Er bot ihm nicht das eben ankommende Bier zum Trinken — eine Höflichkeit, die man eintretenden Bekannten sonst gewissenhaft zu erweisen pflegt —, sondern antwortete trocken und ein wenig den Mund verziehend: „Woher kommt dir denn auf einmal das große Verlangen nach mir?“

„Da haben wir's!“ jagte der Schmiedbauer; „gleich wieder Holz!“ — Und indem er die beiden andern listig anblinzelte, fuhr er fort: „Bist du denn gar nicht neugierig, etwas von deinem Ludwig zu hören?“ Der Angerbauer, sich bezwingend, erwiderte: „Nicht im geringsten!“ — „Nun, nun,“ versetzte der andere, „stell dich nur nicht so an, ich weiß doch, daß du gern etwas von ihm hören möchtest. Du brauchst dich auch gar nicht zu fürchten: ich kann ihn nur loben. Er macht sich ganz vorzüglich, und ich muß dir nur sagen, ich hab' dem Sohn eines so reichen Mannes nicht zugetraut, daß er einen so geschickten Handknecht abgibt. Er sucht wahrhaftig seinesgleichen, namentlich im Futterhäuschen und Misten.“

Bei diesen Worten konnten die beiden Unbeteiligten sich nicht enthalten zu lächeln; dem Angerbauer stieg das Blut ins Gesicht. Kinstler entgegnete er: „Mag er machen was er will! Er ist mein Sohn nicht mehr und geht mich so wenig an wie einen von euch!“ — „Heh,“ sagte der Schmiedbauer, „jetzt geht's! Unser Kind bleibt immer unser Kind.“ — „Und ich sag' dir,“ versetzte der Angerbauer mit zornigem Nachdruck, „daß ich nichts mehr von ihm wissen will, und bist' mir's aus, daß du jetzt von ihm das Wort hast!“

Auf diese verständliche Abweisung zuckte der Schmiedbauer die Achsel. „Mir auch recht,“ sagte er. „Wenn du nichts mehr von ihm wissen willst, dann bleibt mir ein Handknecht, wie ich ihn brauche und wie man ihn heutzutage nicht mehr findet. Schaffen tut er für zwei und gehorcht, als wenn er ein geborener Knecht wäre. Wenn ich, oder mein Sohn, oder meine Tochter, oder mein Oberknecht ihm etwas sagen, läuft er wie ein Wiesel. Wenn du ihn nicht mehr willst, gut! Ich hab' den Vorteil davon.“

Indem er bei den letzten Worten die Zielscheibe seiner Bosheit ansoh, fühlte er, daß er sich jetzt nicht weiter geben dürfe. In dem Angerbauer lodte es gefährlich. Seinen Sohn vor den beiden Männern als gehorhten Knecht loben zu hören, war für ihn lächerlich, und die Absicht des Schmiedbauers, ihn zu verhöhn, machte ihn wütend. Wäre er mit diesem allein gewesen, er hätte ihm eine Antwort mit der Kanne an den Kopf gegeben, auf welche kein weiterer Bericht mehr erfolgt wäre. In der vollen Wirtstube mußte er an sich halten und sämte daher artunmisch still. Der andere fand für gut zu bemerken: „Nun, ich sehe, es ist dir wirklich unlieb, etwas weiter zu hören; lassen wir's also gehen!“ Der Angerbauer nickte bedeutungsvoll, als wollte er sagen: „Du tust sehr geschickt daran!“

Von einem der anderen beiden Bauern wurde das Gespräch wieder auf die Schranne zurückgeleitet und blieb dabei. Auf diese Weise kam jedoch der Angerbauer um eine Nachricht, die ihm lieb gewesen wäre, denn der Schmiedbauer war bekanntlich kein kloher Höflichkeit. Er wollte heute an dem Bekter sein Mädchen fühlen und den „hoffärtigen Kameraden“ ein wenig ädern; dann aber mochte er ihm sagen, daß der junge Burche in seinem Hause deswegen kurz gehalten und lächlich angepöppelt werde, damit er sich nach den Eltern sehne und endlich demütig heimkehre, wie sich's gehörte. Er wollte sich dem Angerbauer von seiner ernsthaften Seite zeigen, ihm Vorwürfe machen, seine Wünsche hören. Wenn da dieser nach seiner Ansicht gar keinen Spatz verstand, so mochte er sich auch auf den Ernst nicht einlassen. Er dachte: „Es ist der Mist immer gleich oben aus! Gut, für heute soll er nichts weiter hören!“

Als der Angerbauer die zweite Kanne noch nicht ganz geleert hatte, sahste er und schickte sich an zu gehen, indem er sagte, er habe noch einen Genuß zu machen. Den Schmiedbauer übermannte noch einmal der Mutwille und er trante den Abgehenden in lächelnd-vernünftlichem Ton: „Soll ich also wirklich deinem Ludwig fernem schänen Gruß von dir ausrichten?“ Der Angerbauer sah ihm hierauf eine Antwort, die ihm der kindlichen Bosheit der Frage allein entweichend schien, und entfernte sich, indem er die Tür knirschlich aufschloß. Er warf noch eine Armarie verriet, die drei verurteilten Leuten die drei Vordrückenbecken zusammen und schwanden noch eine Meile über diesen Hof.

Unter Mann eine Aermesweide nach Hause. Indem er mit einem amüsierten Lachen den Kopf eintrat, fand er dort kein Weib in einer ähnlichen Stimmung. Ohne vorläufige darauf zu achten, erzählte er, was ihm begegnet, und die Angerbauerin

stimmte in seine Ausrufungen über die Bosheit der Menschen treulich mit ein. Dann bekannte sie, ihr sei beinahe noch etwas Heileres passiert. Neugierig drängte sie der Mann zu erzählen. Die Bäuerin hob an: „Ich bin zuerst bei der Melbersbas gewesen und hab' mich etwas länger verweilt als ich dachte. Dann bin ich zum „Kanditor“ gegangen und hab' Zucker, Kaffee und Gewürz gekauft. Wie ich aus dem Laden auf die Straße hinausgeh', mer kommt auf mich zu? Die Co' mit ihrer alten Bas! Ich will dir's nur sagen, ich bin ein wenig verhofft gewesen und es ist mich ordentlich ein Zittern angekommen. Aber doch bin ich gleich auf sie zugegangen, hab' sie freundlich begrüßt und Guten Tag gebohen. Die alte Bas hat gedankt; die Co' hat aber nur ihr „Schmähle“ nachgezogen.“

Der Angerbauer, der aus allem abnahm, was kommen würde, bemerkte mit einem gewissen Humor: „Sag' Schmauz, das paßt besser!“

Die Mutter fuhr fort: „Weil ich sie nun seit dem Vorgang nicht wiedergesehen hab', so hab' ich nach eilichen Neben gefragt: „Uns hat halt seitdem ein rechtes Unglück getroffen!“ Denn wenn man sich so auf kennt, dann kann man wohl vertraut miteinander reden. „Ja, ja,“ antwortete die alte Bas, „das ist eine böse Geschichte! Wer hätte dem Ludwig das zugetraut!“ — „Ja, freilich,“ hab' ich wieder gesagt, „hätt' man ihm das nicht zugetraut; aber junge Leute machen eben manchmal tolle Streiche. Alles ist deswegen nicht verloren, er kann sich wieder anders besinnen, kann heimkommen und alles kann noch gut werden.“ Da hättest du die Co' sehen sollen! Kot wie ein weißer Hahn tritt sie vor mich hin und sagt: „Ihr glaubet doch nicht, Frau Bas, daß sie mit Gudm Ludwig und mir noch was werden kann? Wenn ihr so denkt, dann schlaaf's Euch nur aus dem Sinn. Das war doch das Wahre! Ein Mensch, der sich so aufführt! Nein, Frau Bas, für lo einen bedau' ich mich schon und bin froh, daß ich ihn los geworden bin.“ Ich hab' darauf gesagt: „Was willst du denn?“ — hab' ich denn davon geredet? „Über sie hat sich nicht ihr machen lassen und höflich gesagt: „Aufzuchtig, Frau Bas, ihr tötet am besten, wenn ihr Eurem Sohn seinen feinen Schak lichtet. Sie ist ihm nun einmal die Rechte auf der Welt, und ein ordentliches Mädchen nimmt ihn ohnehin nicht mehr.“

„Was,“ rief hier der Angerbauer auffahrend, „das hat sie dir gesagt?“ — „Ja“, erwiderte sein Weib, „das hat sie gesagt.“ — „Gut“, versetzte der Mann, „ganz gut! Wo lo eine ist die? Ein großes Unheil scheint's nicht, wenn wir die nicht zur Schänke bekommen!“ — „Das mein' ich auch“, bemerkte die Frau, „und das hab' ich ihr auch gesagt. „So arsch gerecht wär's nicht“, hab' ich ihr gesagt, „wenn er das Mädchen bekommt. Denn wenn sie auch nicht reich ist, so ist sie doch brav und hat mehr Art als manche reiche Bauerntochter, die ich kenne.“ Dabei hab' ich ihr steif ins Gesicht gesehen. Sie aber hat sich nichts daraus oemacht und gesagt: „Nun, da wünsch' ich recht viel Glück dazu! Macht's nur halt richtig und verachtet nicht, mich auch auf die Hochzeit zu laden.“ Damit hat sie Guten Tag gesagt und sich umgedreht und die Alte, die den Kopf geschüttelt hat, mit sich fortgezogen.“ (Fortsetzung folgt.)

weniger als der fünften, nach 20 Jahren auf nahezu den zehnten Teil, diejenige der Gruppe G nach 10 Jahren auf nahezu den zehnten Teil, nach 20 Jahren auf etwas weniger als den fünfzehnten Teil der auszuwendenden Beiträge. Bei der Angestelltenversicherung dagegen erreichen in den Gruppen II und VIII die gleichen Waisenrenten nur den siebenten, dreizehnten, sechzehnten und vierundzwanzigsten Teil der dafür entrichteten Beitragssumme.

Abgesehen von den rein zahlenmäßigen Berechnungen von Ruhegeld und Renten bedürfen noch einige Sonderbestimmungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte der vergleichenden Gegenüberstellung mit der Invalidenversicherung. Vor allem ist die Wartezeit für Rentenleistungen aus der Angestelltenversicherung mehr als 24mal (bei Frauen) bis mehr als 5mal (bei Männern) so lang als in der Invalidenversicherung. Von den zahlreichen in jüngeren Jahren invalide werdenden Angestellten — es sei nur an die nach dem Kriege besonders verheerend unter den Zwanzig- bis Dreißigjährigen auftretende Lungentuberkulose erinnert — wird die überwiegende Mehrzahl ihres Ruhegeldanspruches wegen Nichterfüllung der Wartezeit verlustig gehen. Dazu kommt, daß die Vorschriften über den Verlust der Anwartschaft, auch nach der Milderung im § 50 des neuen Gesetzentwurfes für ihr Wiedererlangen, viel härtere sind als in der Invalidenversicherung. Ferner fehlt bei der Angestelltenversicherung die durch § 1393 der Reichsversicherungsordnung gewährleistete, so überaus wertvolle Gleichstellung von Krankheitszeiten und Militärdienstzeiten mit anrechnungsfähigen Beitragsmonaten. Krankheit und Militärdienst bilden für die Angestellten lediglich einen Schutz gegen Verlust der Anwartschaft, verlängern aber, wenn sie nicht durch Beiträge belegt werden, die schon an sich so lange Wartezeit.

Endlich kennt die Angestelltenversicherung keine dem § 1274 der Reichsversicherungsordnung entsprechende Vorschrift, wonach allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung gefördert und durchgeführt werden können. Die großzügige Kinderfürsorge der Landesversicherungsanstalten, die sich in der Hauptsache hierauf stützt, ist also für die Kinder der versicherten Angestellten nicht möglich, obwohl in diesen Kreisen sicherlich die gesundheitliche Not nicht geringer ist als in den Arbeiterfamilien. Was wollen solchen Mängeln gegenüber die kleinen, in der Praxis meist nicht einmal hervortretenden Vergünstigungen in Bezug auf Berufsinvaldität, Beitragsersatzung, Leibrenten usw. in der Angestelltenversicherung bezeugen! Wenn man noch die Ausfaltung der Post beim Verkauf von Beitragsmarken und bei der Zahlung von Renten und das Fehlen eines Reichsausschusses zu den Renten in Betracht zieht, so erscheint die Feststellung gerechtfertigt, daß die wirtschaftliche den Arbeitern gegenüber oft benachteiligten Angestellten versicherungsrechtlich, was ihnen offenbar bis jetzt noch nicht klar geworden ist, ohne jeden inneren Grund erheblich schlechter gestellt sind als die Arbeiter.

Wahlung, Betriebsräte! Anmeldeformulare für die neu gewählten Vertretungen der Arbeitnehmer sind umgehend im Gewerkschaftssekretariat in Empfang zu nehmen.

Die Betriebsrätezentrale.

Mieterschutzgesetz. In der anherberstehenden Hauptversammlung, die am Freitag in den Zentralhallen stattfand, wurden zunächst einige Satzungsänderungen einstimmig genehmigt. Infolge steigender Ausgaben wurde die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages vom 1. April ab beschlossen. Als 2. Schriftführer wurde Frau Schulz gewählt. Hierauf sprach Herr Maurer über das Mieterschutzgesetz. Zunächst behandelte der Referent das Zustandekommen des Gesetzes im Reichstage und wies treffend nach, welche Parteien die Interessen der Mieterchaft dort vertreten haben. Die namengebende Abstimmung hat deutlich bewiesen, daß die Mieterchaft seitens der bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, mit wenigen Ausnahmen, verraten wurde. Nur den Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten, die geschlossen für die Interessen der Mieter gestimmt haben, ist das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verdanken. Hiermit ging der Redner leicht verständlicher Weise auf das neue Gesetz ein, und führte aus, daß das Gesetz durch die Ausführungsbestimmungen der Einzelstaaten für die Mieter verbessert werden müsse, da es mancher berechtigten Erwartung nicht genügt und die Mieterchaft enttäuscht habe. Was die Mieterchaft in dem Gesetz als wesentliche Ertragskraft empfinde, das sei einmal die Erzielung des absoluten Eigentumsbegriffs durch den Sozialen, dann aber auch die Festhaltung der Grundmiete des Jahres 1914. Die dem Mieter zugebilligte Kontrolle der Verwendung der Gelder müsse durchgeführt werden. Unter dem lebhaftesten Beifall der Versammelten, die den großen Saal dicht füllten, schloß er mit der Forderung, daß die Hebernahme schwerer sozialer Verpflichtungen durch die Mieterchaft die Gesamtheit zu den energetischsten Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsbedürfnisses zwingen müsse. Dieses soziale und ideale Ziel könne aber nur dann erreicht werden, wenn alle Mieter Lübeck eingeklinken haben, daß im Zusammenhang die Städte und der Staat auf die ausstehenden Körperschaften liegt. Nachdem der Vortragende noch erzählt hatte, daß am 1. April die alten bisherigen Mietern zu zahlen seien und mehrere Redner im Sinne seiner Ausführungen Material beigebracht hatten, wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die am Freitag, d. 24. März in den Zentralhallen versammelte Mieter richtete an einen hohen Senat das dringende Ersuchen, auf Wohnungs- und Einigungsamt dahin einzuwirken, daß durch Zusammenarbeit der beiden Behörden eine gerechte und billige Regelung der Wohnverhältnisse bei Kündigung und Tausch stattfinden. Vor allem vermahnt sich die Mieterchaft dagegen, daß das Einigungsamt stets die Gleichberechtigung beider und es dadurch einer kühnen Familie unmöglich macht, die Wohnung der Familienangehörigen anzupacken.

Sie von Herrn Gogowsky erhaltene Referat über Wohnungs- und Geldbeschaffung führte zur einstimmigen Annahme der folgenden Entschließung:

Die Versammlung nimmt von der Mitteilung Kenntnis, daß von Seiten der Behörden weitere 10 Millionen Mark als Reichsbesitz für die Herstellung neuer Wohnungen bereitgestellt sind. Da zur Bekämpfung der dringenden Wohnungsnot nur aller beteiligten Kreise Opfer gebracht werden müssen, wird der Vorschlag über Wohnungsbau und Geldbeschaffung, wie er in Nr. 43 des Lübecker Volksboten vom 23. Februar 1922 gemacht ist, als der geeignete Weg angesehen. Durch die Mittel zum Wohnungsbau bereitgestellten Geldes und andererseits, eine zweifache Verwendung der Reichsbesitzung zu ermöglichen. Allen Beteiligten muß die weitestgehende Unterstützung gegeben werden, daß sie die dringende Wohnungsnot bekämpfen können. Die zu inangenehme Forderung, daß ein Betrag nicht überhöht, der nicht vom Senat über Beschaffung zu erzwungen ist. Durch die vorliegenden Wohnverhältnisse werden die Mieterchaften, die die Wohnungsnot der Bevölkerung entgegen zu kommen.

eine größere Abgabe gefunden als die von der Finanzbehörde vorgeschlagene Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer. Die Versammlung erwartet, daß baldigt der gemachte Vorschlag betreffend Wohnungsbau zur Ausführung gelangt. Die Wohnungsnot ist so groß und die Leiden der davon Betroffenen so schwer, daß kein Tag unbenuzt vorübergehen darf, die Bau-tätigkeit zu fördern. Die zuständigen Behörden tragen die Verantwortung, wenn nicht alles geschieht, um die Genossenschaften zu unterstützen, die bisher fast allein alle Lasten übernommen haben, um neue Wohnungen zu errichten. Das Privatkapital hat völlig versagt, von dieser Seite ist auch nicht ein einziger Neubau errichtet worden. Allen Siedlern, besonders denjenigen, die eine zweite Wohnung eingebaut haben, wird hierdurch der wärmste Dank der Mieter Lübecks ausgesprochen.

Mit der Aufforderung, rege Propaganda für die Organisation der Mieterchaft zu treiben, wurde die Versammlung geschlossen.

Deutsche Schiffe in Not. Wie mehrfach berichtet, gerteten Mitte Januar im Riga'schen Meerbusen eine Anzahl von Dampfern im Eise fest. Infolge des anhaltenden starken Frostes war den Schiffen die Weiterfahrt unmöglich. Dänischen und schwedischen Eisbrechern gelang es zwar, einige Dampfer frei zu machen, vier deutsche Schiffe aber sitzen heute noch in dem stark vereisten Meerbusen fest. Die Durchschnittsverluste der vielen Eisbrecher und des Kreuzers „Medusa“ sind längst eingestellt worden. Man begnügt sich damit, die Schiffe im Januar mit Proviant zu versehen, der auf Schlitzen herangebracht wurde. Nach neueren Meldungen ist es jetzt gelungen, den Dampfer „Ruboll“ der Hamburger Reederei Matthies durch ein Flugzeug zu erreichen. Wie der Flieger berichtet, befinden sich Schiff und Mannschaft in guter Lage. Das Linienschiff „Hannover“ ist von Windau ausgelassen, um die Schiffe zu befreien. Voraussichtlich wird heute, Montag, wie das W.B. meldet, der Eisbrecher III nach dem Riga-Meerbusen abgehen, um als Hilfsschiff bei der „Hannover“ zu fungieren.

Schutz des Nichtrauchers. Von den Reisenden wird das Rauchverbot in den Zügen und Nichtraucherräumen der Bahnhöfe trotz fortgesetzter Hinweise der Zugbeamten vielfach noch immer nicht beachtet. Die Reichseisenbahnerverwaltung sieht sich daher genötigt, zur Beseitigung dieser Mängel, verschärfte Maßnahmen zu treffen. Vom 1. April d. J. ab wird von jedem Reisenden, der bei Uebersetzung des Rauchverbots in den Zügen und in den Nichtraucherräumen der Bahnhöfe betroffen wird, ohne vorherige Verwarnung eine Buße von 20 Mark durch den die Uebersetzung feststellenden Bediensteten gegen Ausübung einer Empfangsbekundigung erhoben werden.

Helft den Alten. Die Lübecker Altershilfe erinnert alle Kinder und Enkel an ihre Pflicht, für die alten Eltern und Großeltern, die lange Jahre für ihre Kinder gearbeitet und schwerste Opfer für sie gebracht haben, etwas mehr zu sorgen. Die meisten dieser Alten haben durch Fleiß und Sparsamkeit sich selbst einen Notgroßden erübrigt, damit sie nicht ihren Kindern einmal zur Last fielen. Nur die ungeheuerliche Steigerung aller Preise hat sie in so große Not gebracht. Es ist tief bedauerlich, daß so mancher Kinder gleichgültig der Not ihrer Eltern und Großeltern zuschauen können, ohne ihnen tatkräftig zu helfen. Gewiß, mancher helfen ihnen, aber diese Hilfe ist oft sehr gering, so daß die Alten vor Not nicht geschickt sind. Man sollte sich doch einmal vergegenwärtigen, wie teuer es sich einstellt die Eltern werden lassen, um ihre Kinder zu ernähren und für ihr weiteres Fortkommen zu sorgen. Würde mehr als bisher die Pflicht der Dankbarkeit gegenüber den Eltern erfüllt, so würde viel bittere Not gelindert und vor allem es würde in so manchen vereinten Herzen die Bitterkeit schwinden, und mit neuer Hoffnung würde mancher alte Mutter, mancher alte Vater in die Zukunft schauen, die jetzt so trostlos vor ihm liegt.

Die Geldsammlung für die Erwerbslosen. Der Arbeitslosenrat Lübeck überreichte uns einer Artikel als Antwort auf die Ausführungen des Genossen Dreger über die Verwendung der 12. gemachten Gelder. Es wird darin gesagt, daß Genosse Dreger versprochen habe, in einer Erwerbslosenversammlung die gewünschten Erklärungen abzugeben. Dreger sei jedoch nicht erschienen und daraufhin habe die Versammlung beschlossen, die Angelegenheit durch ein Inkretat in einer Lübecker Zeitung zu veröffentlichen. Zur Erklärung Dreger's wird u. a. bemerkt: „Die Frage wurde aufgeworfen, weil viele Erwerbslose in ihrer Not den Erwerbslosenrat mit Anträgen auf Zahlung von Unterstützungen bekräftigten. Dreger sagte, daß er keine Gelder mehr zur Verfügung habe. Als wir von ihm eine Erklärung über die Gelder verlangten, legte Dreger nach anfänglicher Weigerung zu, am Montag, dem 20. in die Erwerbslosenversammlung zu kommen und dort die gewünschten Erklärungen abzugeben. Es ist uns unverständlich, wie Genosse Dreger mit einemmal erklären kann, er lehne es ab, einem nach Jahren zufällig amtierenden Erwerbslosenrat über Angelegenheiten, die ihn nichts angehen, Rechenschaft zu geben. Wir haben uns alle erdenkliche Mühe gegeben, den Volksboten zur Aufnahme unseres Inkretates zu bewegen. Dreimal haben Beauftragte des Erwerbslosenrates in der Anwesenheit des Volksboten vorgesprochen. Jedesmal mußten sie unvertikelter Sache abziehen. Da der Erwerbslosenrat den Beifall der Erwerbslosenversammlung, das Inkretat in einer Lübecker Tageszeitung erscheinen zu lassen, auszuführen verpflichtet war, ließ ihm letzten Endes nichts weiter übrig, als es den Lübecker Anzeigen zur Veröffentlichung zu übergeben. Wir glauben, daß die Lübecker Arbeiterchaft nicht nur über das Verhalten der Inkretatannahme des Volksboten, sondern auch über das Verhalten des Kollegen Dreger nachdenken wird. Kollege Dreger läßt ferner in seiner Erklärung im Volksboten durchblicken, daß er den Erwerbslosenrat verfluchen will. Wir sehen einer Gerichtsverhandlung mit Interesse entgegen. Wir nehmen an, daß dadurch Klarheit in die Angelegenheit gebracht werden würde.“

Wir haben zu den Behauptungen nur zu erklären, daß jene über die Ablehnung des Inkretates durch den Volksboten unzutreffend ist. Nicht der Expedition war es, daß bei dem einkamerierten Inkretat des Inkretates erst mit der maßgebenden Instanz in Verbindung zu setzen. Das bedeutete wohl eine Verzögerung, aber keine Ablehnung. Den Beauftragten wurde unabweisend gesagt, daß sich die Expedition durchaus nicht ablehnend verhalte, doch müsse erst Klärung geschaffen werden. Der Erwerbslosenrat hatte es aber eilig und machte, wie er oben schreibt, das Inkretat den 25. März übergeben. Ob das ein unbedingtes Nein war, darüber werden wohl noch Meinungsverschiedenheiten bestehen bleiben. Wir bestreiten dieses ganz entschieden. Das Vorgehen des Erwerbslosenrates ist unverantwortlich. Im übrigen lehnt es Genosse Dreger, dem wir als Angegriffenen nicht zuzustimmen das Schriftstück unterbreiteten, ab, auf dieses weiter einzugehen.

Rom französischer Holzhandel. Die nordische Gesellschaft schreibt uns (N. S. 2): Die Holzverkäufe für die kommende Verkaufsperiode haben in Island sehr frühzeitig begonnen und bis Anfang Januar in viel veränderlicher Weise abgelaufen. Große Mengen Holz wurden insbesondere nach Holland und England verkauft, während auch Frankreich ein besonders wichtiger Käufer war. Dazu kam im Januar eine etwas schwächere Zeit ein, aber nichtschonemal fanden kleinere Exporteure Holz auf dem ausländischen Markt. Nur England ist in letzter Zeit als Käufer ziemlich ausgeschieden, während nach Spanien sich kein Geschäft abgehandelt hat. Die Preise bewegen sich ähnlich wie sonst; während der ersten Verkäufe nach England zu einem Satz von 10.16 Sch. Ster. das Standard 7" Brett abgehandelt waren, ist der Preis für dieselbe Ware jetzt 11.10 Sch. Ster., der für dem europäischen Markt sogar bis 17 Sch. Ster. steigt. Für die kommenden Monate sind schon nunmehr 5000 Standard für die Bekämpfung von Island verkauft worden.

Das sind ungefähr 40 Prozent des Produktionswertes, der für die gesamte in Frage kommende Periode geschätzt worden ist. Die Verkäufe sind sehr vorläufig abgeschlossen, und die Exporteure begen weiterhin die größte Hoffnung für die Vorräte, die sie noch in der Hand haben. Die Abholung ist im ganzen Lande erfolgreich betrieben worden und in einigen Gegenden bereits beendet. Auch die Beschäftigung der Sägemühlen ist zufriedenstellend, nacheinander einige Werte Mangel an Material leiden, da das frühe Einsetzen des Winters verhinderte, genügend Holz in Vorrat zu nehmen. Im ganzen genommen waren genügend Arbeitskräfte vorhanden, obgleich in ein bis zwei Fällen ein Mangel an qualifizierten Arbeitern sich bemerkbar machte.

Zu Gunsten der Lübecker Altershilfe wird am Donnerstag, dem 30. März, im „Kolloseum“ eine Theater-Aufführung veranstaltet. Gegeben wird das fünfaktige Charakterbild: „Die Grille“ von Charlotte Birch-Pfeiffer. Im dritten Akte werden verschiedene Länze von 25 Schülerninnen von Fräulein Helene Schaff vorgeführt. Hoffentlich erzielt das reichhaltige Programm ein vollbelegtes Haus, sodas den armen, bedürftigen alten Leuten eine reiche Spende zufließen kann.

Gehaltsbewegung der Angestellten der Seefischwerften. Der vom Zentralverband der Angestellten und den übrigen am Reichsarbeitsvertrag beteiligten Verbänden angeregten Schlichtungsausschuß hat am 24. März zu der Frage einer Teuerungszulage für den Monat März Stellung genommen. Der Schlichtungsausschuß konnte sich der Berechtigung der Angestelltenforderungen nicht verschließen und fällt einen Schiedspruch, der Zuschläge in Höhe von 29—33% gegenüber den Februar-Gehältern vorlegt.

Die Goldhamsterprämie. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 27. März bis 2. April zum Preise von 1200 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 600 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. — Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 27. März bis auf weiteres zum einundzwanzigfachen Betrag des Nennwertes.

Der Arbeiterradfahrerverein hat ein Interesse daran, richtig gestellt zu sehen, daß das vom deutschen Musikerverband, Ortsgruppe Lübeck, montierte Saalfest nicht vom Verein selbst ausgeht, sondern von der Saalmanufaktur des Vereins veranstaltet wurde, wie ja auch aus der Einladung selbst hervorgeht. Dadurch einfaßt der vom Musikerverband erhobene Vorwurf gegen den Arbeiterradfahrerverein. Otto Köhler, Vorsitzender.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Dienstag wird zum ersten Mal: „Und Sion tanzt!“ gegeben. Am Mittwoch wird „Der Barbier von Bagdad“, Cornelius Meisterwert, wiederholt.

Blume, Lieder zur Laute. Der für Februar angesetzte Lautenabend der wegen des Eisenbahnstreiks ausfallen mußte, findet nunmehr am Mittwoch, dem 29. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Johannums statt. Die bereits gelösten Karten behalten Gültigkeit, weitere sind zu haben bei Fr. Dietrich u. Co., Inhaber Rudolf Riedel, Bedergrube 27. Fernruf 938. (Siehe Inserat.)

Richard-Wagner-Abend zum Besten der Altershilfe im Gewerkschaftshaus am Dienstag, dem 28. März, 7 1/2 Uhr. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß dieses Konzert für die Altershilfe stattfindet und daß nicht etwa der Eintrittspreis für dieses Konzert deshalb erhöht ist, damit die Orchestermislieder auch persönlich auf ihre Kosten kommen. Der Kapellmeister, die Solisten und das Orchester haben sich gratis zur Verfügung gestellt. Im übrigen rechtfertigt sich der Preis durch den guten Zweck und nicht zuletzt durch die künstlerischen Darbietungen. Es wird sicher eine ansehnliche Zahl Zuhörer ins Gewerkschaftshaus laden, wenn es schon heißt: Richard-Wagner-Abend, Karl Mannstaedt, drei Solisten, das gesamte Orchester und „der gute Zweck.“

Angrenzende Gebiete.

Bremen, Flughafen Norderny. Die bremische Bürgerchaft erklärte sich mit dem Abschluß des Genossenschaftsvertrages der demnach zu gründenden „Flughafen Norderny G. m. b. H.“ einverstanden, an der außer dem bremischen Staate die Lloyd Luftdienst G. m. b. H. und die Gemeinde Norderny beteiligt sind. Der Flughafen Norderny soll den im Frühjahr dieses Jahres zu eröffnenden bremischen Flughafen schon jetzt mit zukunftsreichem Ueberseeflugverkehr in dauernde Verbindung bringen. Wie ferner der Lloydluftdienst Bremen mitteilt, wird am 1. April eine neue Luftverkehrsstrecke Bremen—Hannover—Magdeburg—Leipzig—Dresden durch den deutschen Luftloyd eröffnet. Die Flugzeuge verkehren täglich in beiden Richtungen und befördern Post, Passagiere und Frachten. Die Flugdauer von Bremen nach Dresden beträgt jetzt fünf Stunden. Voraussichtlich wird im Mai die Strecke bis Prag durchgeführt werden.

Bremen, Der Bremische Lehrerverein hat, wie die bürgerliche Presse berichtet, neue Satzungen angenommen, wonach der Verein ab 1. April d. J. eine Berufsgemeinschaft sei und nach gewerkschaftlichen Grundgesetzen unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel, auch des Streiks, arbeite.

Bremerhaven, Reiche Fischfänge in der Nordsee. Am Fischmarkt in Bremerhaven löschten während der letzten Tage im Monat März fünf Nordseedampfer ihre Fänge. Insgesamt wurden 104 470 Pfund frische Seefische gefangen und hierfür ein Erlös von 421 287 Mark erzielt. Das Durchschnittsergebnis eines Nordseedampfers betrug 208 Zentner. Hauptfische waren Kabeljau, Seelachs, Lengfisch, Kolbarsch, kleine Schollen gefangen. An grünen norwegischen Heringen wurden von zwei Dampfern etwa 3500 Zentner eingebracht. Die Räucherereien hatten mit der Herstellung von Bäcklingen aus den eingesandten Heringen volle Beschäftigung.

Gewerkschaften.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hatte zum 20. März den Verbandsbeitrag nach Berlin berufen, um die allgemeine Situation zu besprechen. Es wurde festgestellt, daß die Mitgliedszahl ständig zunimmt. Das Jahr 1921 schloß mit einem Mitgliederstand von 100 000 ab. Um die Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe zu sichern, wurde der Beitrag neu festgelegt. Es soll ein Stundenverdienst als Basis erhoben werden. Der Verbandsbeitrag für die Hauptkategorie beträgt ab 1. April 250 Mk. in der niedrigeren bis 18 Mk. in der höchsten Klasse. Jede weitere Stundenverdiensterhöhung von 1 Mk. bringt automatisch eine Beitragserhöhung von 1 Mk. pro Woche zugunsten der Hauptkategorie. Entsprechend dieser Beitragserhöhung werden auch die Unterstützungssätze für Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streiks, Maßregelungen usw. erhöht. Zur Aufrechterhaltung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gemäß der Kundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes alle Mitglieder aufgefordert wurden, sich an den Streikern im Rahmen der örtlichen Verankerung an zu beteiligen, soweit sie nicht zur regulären Sonntagsruhe verpflichtet sind.

Christlich gewordene Kommunisten? Die Betriebsrätemitglieder der Berliner Straßenbahn erlauben die Wahl von 26 freige-werkschaftlichen und 4 christlichen Vertretern. Von den 26 freige-werkschaftlichen Vertretern sollen nur 3 Kommunisten

Hochzeit machen, das ist wunderschön, aber...

Die Sehnsucht aller Liebenden nach einem gemüthlichen Heim ist heute schwerer zu befriedigen, denn jemals vorher. Wenn die jungen Heiratslustigen in der Wahl ihrer Eltern nicht sehr vorsichtig waren und in der Postkriegszeit nichts erlitten konnten, dann stehen sie in diesen Zeiten einer ungeahnten Teuerung vor ganz gewaltigen Hindernissen. Das Heiraten ist heute von „Hesgreifendem Einfluß“ auf den Geldbeutel, und wer diesen nicht füllen konnte, der muß befehlen, sehr befehlen sein Eheleben zu beginnen. Nicht nur das Wohnungsamt oder „wissenschaftlicher“ gesprochen, die tiefsitzige Wohnungsnot ist ein bitterer Feind der Lebensübende, sondern in gleichem Maße die gewaltig gestiegenen Preise für alle Ehe-Verbrauchsgegenstände. Ueber diese Leiden der Eheglücklichen haben sich viele geschrieben, sie sind aber so bekannt, daß wir es füglich unterlassen können. Untersuchen wir also einmal, was heute eine Ehebegründung kostet.

Die Küche.

Wer geringe Mittel zur Verfügung hat, wird mit der Beschaffung einer Küche und eines Schlafzimmers vorlieb nehmen müssen. Der Preis für eine einfache Küche, bestehend aus Küchenschrank, Tisch, zwei Stühlen, einem kleinen, äußerst primitiven Küchenschrank und einem Topfschrank, schwankt zwischen 3000 und 4500 Mark. Vor Beginn des Krieges hatte man eine solche für 75 bis 100 Mark erhalten können. Das entspricht also einer Preissteigerung von 4000 Prozent. Noch vor anderthalb Jahren kostete die Küche etwa 700 Mark. In dieser Zeit ist sie also fast zehnmal so teuer geworden. Zur Küche gehört natürlich auch Geschirre. Und wer, um es zu kaufen, unvorbereitet in die Geschäfte geht, wird von der Höhe der Preise überrascht sein. Kostet doch ein einfacher Porzellanteller, für den man früher 25 Hg. zahlte, in manchen Geschäften 10 Mk., Fayenceteller sind allerdings schon für 3,50 Mk. das Stück erhältlich, was in Anbetracht der minderen Qualität als außerordentlich hoch bezeichnet werden muß. Für eine Abwaschwanne darf man 170 Mk. bezahlen, eine einfache Kaffeemühle kostet 50 Mk., ein emaillierter Kochtopf ohne Deckel mittlerer Größe 30 Mk. Eine Waschwanne mittlerer Größe aus Zink, die früher für 15 Mk. zu haben war, kostet heute 510 Mk. Wo wiederum eine Preissteigerung von mehr als 3000 Prozent. Und wenn man ganz bescheiden ist, wird man für die Einrichtung der Küche mindestens 1500 Mk. aufwenden müssen. Im allgemeinen kann man damit rechnen, daß eine gute Küchenausstattung 2000 bis 2500 Mark, also so viel wie die billigsten Küchenmöbel, erfordert.

Das Schlafzimmer.

Für ein Schlafzimmer, bestehend aus zwei Bettenstellen mit Matratzen, zwei Nachttischen, einem Schrank, einer Waschtislette und zwei Stühlen, muß man mindestens 7000 Mk. anlegen. Dann sind die Möbeln aber nur aus Kiefernholz gefertigt. Wer größere Ansprüche stellt und glaubt, auf eigene Möbel nicht verzichten zu können, muß schon 12 000 Mark aufwenden. Dafür wird dann aber auch die Waschtislette mit der bekannten Marmorplatte geliefert.

Die Betten.

Die Ausstattung des Schlafzimmers erfordert weitere große Ausgaben. Ein Stand Betteln kostet heute mindestens 3000 Mk., eine einfache Waffelbettende 200 Mark, für ein Kissen, das früher 1,50 Mk. kostete, muß man heute 130 Mk. bezahlen. Für einen

Deckenbezug und zwei Kopfkissenbezüge sind mindestens 650 Mk. zu erlegen. Dabei ist die Ware sehr minderwertig. Das Billigste ist noch lange nicht das Preiswerteste. Das Unangenehme ist nur der Mangel an den zum Erwerb des Besseren nötigen Mitteln.

Ueberlegen wir uns, falls wir uns mit dem Billigsten begnügen wollen, was eine Küche und ein Schlafzimmer kosten:

Küchenmöbel	2700 Mk.
Küchenausstattung, z. B. T. u. S.	1500 Mk.
Schlafzimmermöbel	7300 Mk.
Betten	9000 Mk.
Bettwäsche, z. B. T. u. S.	1800 Mk.
Zusammen	19 500 Mk.

Für 19 500 Mk. ist aber erst das Allernotwendigste beschafft, und wer in eine derartig ausgestattete Wohnung einzieht, wird alsbald nach Mangelhaftigkeit eines solchen Heims empfinden. Da sind dann noch Hunderte von Gegenständen zu besorgen, die hier nicht im einzelnen aufgeführt werden können, die auch oft genug durch besondere häusliche Verhältnisse, auch durch Geschmack und Gewohnheit, bestimmt werden. Wenn der Wäscheschrank gefüllt werden soll, muß wiederum ein kleines Vermögen zur Verfügung stehen. Kostet doch allein ein Stubenhandbuch 60 Mk., ein Küchenhandbuch 25 bis 30 Mk., und für ein einfaches Wickeltuch werden sogar schon 15 Mk. gefordert. Die Familie eines Erwerbstätigen kann nur bestehen, wenn die Frau praktisch veranlagt ist. Sie wird bestrebt sein müssen, selbst zu schneidern oder doch zum mindesten die Kleidung der Familie selbst zu reparieren. Dazu braucht sie eine Nähmaschine, deren Anschaffungspreis sich je um 3000 Mark bewegt. Dem Glücklichen schlägt zwar keine Stunde, aber deshalb wird man doch eine Uhr im Hause nicht entbehren mögen. Über schon ein einfacher, groß gearbeiteter Wecker, der früher für 3 bis 4 Mk. zu haben war, kostet heute 125 Mark. Einfacher Kesselstoff für Gardinen kommt das Meter auf etwa 69 Mark. Wer sich damit begnügt, Vorhänge in halber Fensterhöhe anzubringen, braucht mindestens drei Meter, muß also in diesem Falle für ein Fenster 207 Mk. ausgeben. Wer sich richtige Gardinen anschaffen will, muß etwa 450 Mk. für ein Fenster aufwenden. Man darf daher annehmen, daß die Ausstattung einer Einzimmerwohnung mit Küche auf mindestens 25 000 Mk. zu stehen kommt.

Für Anspruchsvollere.

Der Vollständigkeit halber mögen auch noch die Preise für Wohn- und Herrenzimmer angeführt werden, denn schließlich ist es ja wünschenswert, daß jeder sein Heim so reich wie möglich ausstattet. Ein Wohnzimmer, bestehend aus Tisch, 6 Stühlen, einem Sofa und einer Anrichte, kostet 10 980 Mk. Ein etwas einfacherer Ausstattung etwa 8000 Mk. Für ein Herrenzimmer wird ein Schreibtisch, ein Bücherregal, ein Schreibstühl, ein Tisch und zwei Stühle geliefert. Auch hierfür sind mindestens 7680 Mk. aufzuwenden.

Eine Zweizimmerwohnung ist mindestens auf 35 000 Mk. einzuschätzen. Die angeführten Preise mögen im einzelnen unterschiedlich sein, im allgemeinen werden aber bei Neuanschaffungen die hier angegebenen Summen unter Voraussetzung größter Bescheidenheit gezahlt werden müssen.

Was die Dienstpflicht des im Betriebsdienst und Verkehrsdienst beschäftigten Personals anbelangt, soll die Höchstdauer im allgemeinen zehn Stunden nicht überschreiten. Nur in Ausnahmefällen wird mit Zustimmung der Betriebsvertretung eine Ueberschreitung dieser Höchstdauer bis zu zwölf Stunden gestattet.

Unter Ruhezeit verstehen die Gewerkschaften jeden von Dienst- und Dienstbereitschaft freien Zeitaltschnitt. Sie soll in ununterbrochener Folge mindestens 14 Stunden in der Heimat und mindestens 8 Stunden außerhalb der Heimat betragen. Für das Zugpersonal werden als planmäßige Ruhezeit gleichfalls 8 Stunden gefordert, die jedoch in Einzelfällen mit Zustimmung der Betriebsvertretung auf 6 Stunden herabgesetzt werden kann. In Ausnahmefällen soll die Zustimmung des beteiligten Personals eingeholt werden. Der Aufenthalt auf einer fremden Station soll zwischen planmäßiger Ankunft und planmäßiger Abfahrt 10 Stunden nicht überschreiten. Im Falle, daß aus besonderen Ursachen diese Zeit überschritten wird, verlangen die Gewerkschaften die überschüssige Zeit als Arbeitszeit anzurechnen.

In Ruhetagen sollen den dauernd im Betriebs- und Verkehrsdienst beschäftigten Personal jährlich 60 von mindestens 36 zusammenhängenden Stunden zugewilligt werden. Auf den Monat sollen mindestens zwei Ruhetage fallen die zwei dienstfreie Nächte umfassen. An Stelle der 60 Ruhetage können nach den Vereinbarungen der Gewerkschaften dem Zugpersonal 45 Ruhetage von gleicher Gesamtdauer gewährt werden, die sämtlich dienstfreie Nächte zwischen dienstfreien Tagen umfassen. 28 Ruhetage wünschen die Gewerkschaften auf Sonn- und Feiertage gelegt zu sehen.

Die Arbeitszeit und Dienstpflicht soll durch Dienstpläne unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung geregelt werden. Falls eine Einigung in Anwesenheit der Betriebsvertretung nicht zustande kommt, wird der Reichseisenbahnverwaltung zugestanden, die Regelung von sich aus zu treffen. Gegen diese Regelung kann die zuständige Betriebsvertretung eine zu vereinbarenden paritätische Schlichtungsstelle anrufen, deren Entscheidung endgültig sein soll.

Das Schlussskapitel befaßt sich mit den Ausnahmen. Eine vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit soll zur Befriedigung erheblicher Betriebsstörungen und bei nicht vorherzusehenden Unterbrechungen des regelmäßigen Betriebes durch Naturereignisse oder Betriebsunfälle von der vorgelegten Behörde angeordnet werden. Falls eventuelle Betriebsstörungen nicht längstens innerhalb acht Tagen beseitigt werden können, so ist über den Wiederbeginn der normalen Arbeitszeit alsbald mit der zuständigen Betriebsvertretung eine Verständigung herbeizuführen. Für das in Betriebs- und Verkehrsdienst beschäftigte Personal gestehen die Gewerkschaften weiterhin Ausnahmen nur aus Anlaß besonders starken Verkehrs zu.

Die Schlichtungsordnung.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat dem Reichstag den Entwurf einer Schlichtungsordnung nebst Begründung und 10 Anlagen vorgelegt. Der Reichstag hat der Einbringung der Vorlage zugestimmt, doch besteht über die Aufbringung der Mittel zwischen Reichsregierung und

Reichsrat keine Uebereinstimmung. Nach der Regierungsvorlage soll das Reich die Kosten des Reichsschlichtungsamts und zwei Drittel der Kosten der Schlichtungsämter und der Landes- und Provinzschlichtungsämter tragen; das übrige Drittel soll das Land tragen, das die Schlichtungsämter und das Landes- und Provinzschlichtungsamt errichtet. Der Reichsrat ist dagegen der Auffassung, daß die Länder nur mit ihrer Zustimmung an der Aufbringung der Mittel beteiligt werden können. Das Reich trage schon jetzt die Kosten der Schlichtungsausschüsse, und da die Vorlage den Ländern neue Aufgaben erweise, müsse es denselben auch die Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben zur Verfügung stellen.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat, dem der Entwurf zur Begutachtung vorlag, hat eine Reihe von Abänderungen empfohlen und hat mit diesem Vorbehalt dem Entwurf zugestimmt. Er hat außerdem eine Entschließung angenommen, worin er die Reichsregierung ersucht, den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes so beschleunigt vorzulegen, daß die Arbeitsgerichte ihre Tätigkeit möglichst gleichzeitig mit den neuen Schlichtungsbehörden aufnehmen können.

Der Entwurf der Schlichtungsordnung besteht aus fünf Teilen mit 126 Paragraphen. Der erste Teil enthält die allgemeinen Vorschriften, der zweite Teil die Verfassung der Schlichtungseinrichtungen, während der dritte Teil das Verfahren regelt vor den vereinbarten Schlichtungsstellen, dem Schlichtungsamt, dem Landes- und Provinzschlichtungsamt und vor dem Reichsschlichtungsamt. Der vierte Teil umfaßt die Schutz- und Strafbestimmungen (§§ 117 bis 120) und der fünfte Teil enthält die Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen.

Wenn die Gewerkschaftsvertreter im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats seinerzeit dem dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat bereits am 19. März 1921 vorgelegten Gesetzentwurf ihre Zustimmung verweigerten, so deshalb, weil sie in der vom Sozialpolitischen Ausschuss angenommenen Fassung des § 55 eine unerträgliche Einschränkung des Streikrechts erblickten mußten.

Mit der Einbringung der Vorlage ist diese nunmehr zur öffentlichen Diskussion gestellt. Es wird Sache der Gewerkschaften sein, sich den Gesetzentwurf, mit dem man an sich nur einverstanden sein kann, in seinen Einzelheiten und seiner Begründung genau anzusehen. Auch die Presse wird sich recht eingehend mit diesem für unser Wirtschaftsleben so wichtigen Entwurf einer Schlichtungsvorlage befassen müssen.

Aus aller Welt.

Raubzug auf einem Bauerngehöft. Fünf bewaffnete Räuber überfielen in der Nähe bei Mari das Gehöft des Landwirts Franz Wilsch, schlugen den Besitzer zu Boden, fesselten ihn mit Stricken an Händen und Füßen und schleppten ihn in den Keller, wo er bemacht wurde. Dann durchsuchten die Räuber das ganze Haus und raubten alles Bargeld sowie zahlreiche Kleidungsstücke.

Ein dreifacher Kirchenraub ist in Buer-Hassel verübt worden. Einbrecher drangen nachts in die katholische Kirche ein und stahlen Paramente im Gesamtwerte von über 100 Mark. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Die Arbeiter hatten die Straßenbahn 268 Betriebsräte, die jeder Bahnabschnitt und jede Werkstatt ihren eigenen Betriebsrat hatte. Von den 268 Betriebsräten sollen nach der B.S. Korrespondenz über die Hälfte Kommunisten gewesen sein, während die Christen und Sozialdemokraten keine Vertreter hatten. Die Straßenbahn gilt jetzt unter Berufung auf § 9 des Betriebsrätegesetzes als Betriebsrat nach Auffassung des Magistrats, so daß die Zahl der Betriebsräte auf 30 beschränkt wurde. — Es ist nichts Neues, daß wildgewordene Indifferente und Gelbe von einem andern Extrem verfallen. Die kommunistischen Methoden führen zu nichts Rechtem, so daß ihre Nachläufer nach der ersten Probe jeden Boden unter den Füßen verlieren und schließlich christlich oder gelb werden, solange es ihnen an dem Kampf der sozialistischen Weltanschauung fehlt, der sie die Dinge erkennen und richtig beurteilen läßt. Der „Kommunismus“ kann wohl gewisse Arbeiterschichten gelegentlich einmal „wild“ machen und sie aufspüren, doch kann er ihnen keinen festen Halt bieten. So verfallen viele wieder der Gleichgültigkeit, die versucht hatten, sich aufzuraffen und auf die Seite derer zu stellen, wo man an freigelegten mit Versprechungen ist.

Die gleitende Lohnskala. Der erneute Sturz der Mark und die neue Teuerungswelle mit ihren immer neuen Lohn- und Gehaltskämpfen haben das Problem der gleitenden Lohnskala wieder in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Debatten gerückt. In der gewerkschaftlichen Presse der letzten Wochen wurden alle Gründe dafür und dagegen geltend gemacht, wobei die Mehrheit die Verwirklichung der gleitenden Einkommensskala in irgendeiner Form fordert, selbst auf die Gefahr hin, daß dieselbe zunächst noch unvollkommen und mancher Korrektur bedürftig sein wird. Der Beamtenauschuss des Reichstages hat sich in den Verhandlungen über die Revision der Reichsbesoldungsordnung nach eingehenden Beratungen unter Hinzuziehung von wirtschaftlichen Sachverständigen für die Einführung der gleitenden Gehaltskala ausgesprochen. Auf der Grundlage eines stabilen, den heutigen Verhältnissen angepaßten Grundgehaltes soll ein selbständig gleitender Gehaltsteil eingeführt werden. Die Grundlage der Berechnung hierfür soll die weiter auszubauende Reichsindexziffer sein, wobei der Unterschied zwischen der Indexziffer zweier Monate die Maßgröße für die gestiegene oder gesunkene Teuerung ergibt, die in Prozenten eines Teuerungsausgleiches anzumwandeln ist, der von dem Gesamteinkommen des Beamten errechnet, der Mehrbetrag für den Lebensunterhalt des kommenden Monats darstellt. Die sozialistischen Vertreter im Beamtenauschuss haben die gleichzeitige Bearbeitung dieses neuen Lohnsystems für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches verlangt.

Die Wirtschaftskämpfe in Dänemark. Aus Kopenhagen wird berichtet: Zum 31. März werden weitere 60 000 Arbeiter ausgehert. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die Provinz-Hafenarbeiter, Bäcker, Buchbinder, Steinhauer, Chauffeurarbeiter, Dreher, Häfner, Ladearbeiter, Schneider, Sattler, Handschuhmacher und Tischler. Mit aller Macht versuchen die Arbeitgeber, neue Lohnsätze durchzudrücken, und mit dem Lohnabbau ernst zu machen. In manchen Stellen ist schon mit dem Preisabbau begonnen. Der Staat hat den Anfang gemacht, indem er die Post- und Eisenbahntarife herabsetzen wird. Ferner sind Verhandlungen im Gange, den Brotpreis zu senken. In manchen Orten haben die Ärzte ihre Honorare ermäßigt, so in Londen und Ripen bereits seit dem 1. Januar und nächstens folgen auch die Ärzte von Seeland. Viele Verbrauchsgegenstände sind verbilligt, und auch in den Gastwirtschaften und Hotels werden für Speise und Getränke nicht mehr so hohe Preise verlangt. Deshalb kann bei der allgemein fallenden Tendenz die Herabsetzung der Löhne und Gehälter nur eine Frage der Zeit sein. Aber es ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Ansprüche der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der richtigen Weise gegeneinander abzugrenzen.

Arbeitslosenunterstützung auch bei Streiks wird von der staatlichen Arbeitslosenunterstützungskasse in Schweden gezahlt. Die von der Regierung Branting für die Handhabung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung aufgestellten Richtlinien sind in drei Fällen angewandt worden. Der Staatsrat hat in allen drei Fällen entschieden, daß Arbeitslosen, die sich weigern, Streik- oder Blockadebedienstete zu tun, die staatliche Unterstützung nicht entgegen werden kann. Die Regierung war von Arbeitern, die eine Entschädigung angegangen worden. Eine andere Entschädigung ist nicht wohl möglich, da sich sonst die Arbeitslosenversicherung, die der ta auch die Arbeiter ihre Beiträge leisten, als eine staatliche Einrichtung für die Versorgung der Unternehmer mit Streikbechern erweisen müßte.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner.

SPD. Berlin, 23. März.

Das Arbeitszeitgesetz hat sowohl die Regierung wie die Spitzenverbände der Gewerkschaften in mehreren Sitzungen bisher beschäftigt, ohne daß diese Beratungen ein Ergebnis zeitigten. Der Reichsverkehrsminister legte den Spitzenverbänden in der letzten gemeinsamen Sitzung acht Fragen vor, die das Gesetz betreffen und über deren Beantwortung unter den Gewerkschaften nach längeren Besprechungen eine Einigung erzielt wurde. Ein Sondergesetz wird von den Gewerkschaften nach wie vor abgelehnt; in Anbetracht dessen aber, daß ein Gesetzentwurf über die allgemeine Regelung der Arbeitszeit nicht vorliegt, andererseits aber schnelle vorläufige Regelung für den Eisenbahnbetrieb notwendig erscheint, die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über eine vorläufige Vereinbarung ausgesprochen.

Nach den Vereinbarungen zwischen den Spitzenorganisationen und den Gewerkschaften sollen die vorläufigen eventuellen Abmachungen mit der Regierung für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichsbahn, einschließlich der Dienstanführer, und Beihilfliche, gelten. Als Arbeitszeit wird die Zeit der Beschäftigung und die Zeit während der das Personal am Arbeitsplatz oder im Dienstraum anwesend sein muß, betrachtet. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit soll höchstens acht Stunden betragen und in der Regel 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten; Pausen unter 30 Minuten sollen in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Alle Dienstleistungen müssen die Gewerkschaften auf die Arbeitszeit angerechnet lassen. So insbesondere dienstliche Gänge und Fahrten; die Zeit, die auf den öffentlichen Fortbildungs- und Werkstufunterstützung für Lehrlinge und Jugendliche sowie auf den Unterricht entfällt, an dem das Personal am Arbeitsplatz teilnimmt; Bereitschaftsdienst mit Lokomotiven; der Vorbereitungs- und Abschlußdienst; das Vorbehalten von Zügen usw. Die reine Dienstbereitschaft des Zugpersonals in der Heimatstation soll mit 80 Prozent als Arbeitszeit bemerzt werden. Angemessene Aufenthalts- und Schlafräume werden als Voraussetzung für den Bereitschaftsdienst und dergleichen gefordert. U. a. befragt die Antwort der Gewerkschaften an den Reichsverkehrsminister, daß die Arbeitszeit in der Regel nur durch Pausen unterbrochen werden darf, die zum Einnehmen von Mahlzeiten dienen. Soweit besondere örtliche und dienstliche Verhältnisse vorliegen, die eine Teilung der Arbeitszeit notwendig machen, soll in der Regel nur eine Ruhepause von höchstens einer Stunde festgelegt werden. Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen des Bahnunterhaltungspersonals beschließen man freien Vereinbarungen mit der Betriebsvertretung zu überlassen. Streitfälle sollen durch die zuständigen oder zu vereinbarenden Schlichtungsstellen endgültig entschieden werden.

Die Kuppelsdorfer Porzellanfabrik niedergebrannt. Die Porzellanfabrik Morfelle in Kuppelsdorf bei Sonneberg wurde durch Großfeuer zum größten Teil vernichtet.

Erdbeben in Serbien. Das Erdbeben in Serbien hat großen Schaden angerichtet. In mehreren Ortschaften sind viele Häuser eingestürzt.

Ein Opfer des Priesterzölibats. Kaplan Vater Pascha aus Kopolow verfuhr während des Krieges, als die Männer im Felde waren, verheiratete und ledige Frauen, von denen einige von ihm schwanger wurden.

12 Ritzchen - 150 Franken. In der Pariser Zentralmarkthalle wurden dieser Tage 12 Ritzchen versteigert und dem Höchstbietenden für 150 Franken zugelassen.

Ein Drama auf dem Jüdersee. Aus Zwolle in Holland wird berichtet: Ein furchtbarer Vorgang ereignete sich auf dem Jüdersee, das die Verbindung zwischen Genemuiden und den nächstgelegenen kleinen Inseln im Jüdersee betrifft.

Bestrafung überflüssiger Vornamen. Viele Eltern lieben es, ihren Kindern bei der Taufe eine reiche Kollektion von Vornamen zu geben, meist um die Verwandten gleichen Namens dadurch zu ehren.

Prag eingeschneit. Ein 14stündiges Schneetreiben hat Prag fast aller Jahreszeiten herab. Die Straßenbahn konnte die tief verschneiten Gleise nicht passieren.

Schütte-Panz in Amerika. Der bekannte Erbauer der Schütte-Panz-Luftschiffe Dr. Schütte ist aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, wo er zur Anknüpfung von Geschäftsverbindungen auf dem Gebiete der Luftschiffahrt gewirkt hatte.

General Air-Servise Corporation (Allgemeine Luftdienst-Gesellschaft) gegründet worden, welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, unter Verwertung der Patente und langjährigen Erfahrungen des Luftfahrzeugbaues Schütte-Panz und in engstem Zusammenarbeiten mit diesem den Bau und den Betrieb mit großen Handelsluftschiffen aufzunehmen.

Die Erzählungen einer „Hellscherin“. Die Affäre Gruppen-Kuppelsdorf scheint noch lange nicht ihr Ende erreicht zu haben. Obwohl der Haupttäter Peter Gruppen schon seit Tagen unter der Erde ruht, sind immer noch Kräfte am Werke.

Theater und Musik

Stadttheater. „Der rote Hennerod“, Volkskomödie in 5 Aufzügen von Hermann Böhndorf. Die Plattbüchse Volkszivil brachte am Sonntag nachmittag durch die Hamburger Niederdeutsche Bühne dieses mit einem weiten Preise ausgezeichnete heitere Stück zur Wiedergabe.

flüchtig gewesen. Nun verschaffte sie durch die unwürdige, lebendige Darstellung der Mitwirkenden den Zuschauern zwei unterhaltende, oft von herzlichem Gelächter erfüllte Stunden.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

Table with multiple columns showing price statistics for various food items like flour, oil, and meat in Lübeck, with sub-sections for 'Mehl u. Mehlwaren', 'Milch und Obst', and 'Fische'.

Betrifft: Berechnung der Steuer vom Arbeitelohn bei Deputat-arbeitern.

Auf Grund der 2. Zusatzvereinbarung vom 22. Februar d. J. zu dem Tarifvertrag für landwirtschaftliche Arbeiter vom 22. April 1920 wird der Geldwert des landwirtschaftlichen Deputats mit Wirkung vom 1. April 1922 für die Bezirke der Finanzämter in Lübeck und in Garia folgendermaßen neu festgesetzt:

Der Wert des Volldeputats für je 1 der nach dem Tarifvertrag von den landwirtschaftlichen Deputatarbeitern zu leistenden 280 jährlichen Arbeitsstunden beträgt hiernach für die Berechnung der Einkommensteuer und des Steuerabzugs vom Arbeitelohn mit Wirkung vom 1. April 1922 = 400 M.

Landesfinanzamt, Abt. Ia, für Besch. und Berichtigungen. 1917) 22. Dr. Magnus.

Bezahlung von Rechnungen durch die Finanzkasse.

Mit Rücksicht auf den Jahresabschluss sind alle noch ausstehenden Rechnungen für das Finanzjahr möglichst sofort, spätestens bis zum 5. April d. J. dem Finanzamt unter Beifügung des Belegzettels einzureichen.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute launig meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Urgroßmutter (1897) Magdalen Stormer geb. Kipp im 79. Lebensjahre.

Dies betrauert von den Hinterbliebenen Heinrich Stormer nebst allen Angehörigen. Lübeck, 25. März 22. Gz. Burgstr. 41. Trauerfeier: Donnerstag, den 30. März, nachm. 3 1/2 Uhr. Kapelle Vorw.

Nach längerem schwerem Leiden entschlief launig am Sonntagabend mein lieber Mann, unser lieber Vater und Schwiegervater, der Obermüller (1892) Julius Holtz im Alter von 73 Jahren. In tiefem Schmerz: Anna Holtz, geb. Baum, Wilh. Lütjohann, geb. H. H. H., Otto Brode, geb. H. H. H., Berthold Holtz, geb. H. H. H., Beerdigung: Donnerstag, den 29. März, nachm. 2 1/2 Uhr, in der Friedhofskapelle.

Am Sonntagabend, d. 25. März, starb plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater Friedrich Menk im 59. Lebensjahre. Dies betrauert an im Namen der Hinterbliebenen Heinrich Stormer nebst allen Angehörigen. Lübeck, 25. März 22. Gz. Burgstr. 41. Trauerfeier: am Mittwoch, dem 29. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Vorwerk Friedhofskapelle.

Für erwiesene Aufmerksamkeit und Geduld zu ihrer Vermählung danken herzlich Hermann Hase u. Frau (1892) verm. Heinl. Jung, Tagesmädchen am 1. April. (1892) Bismuthal, Bederg. 74.

Am 24. März starb unser Kollege Eduard Jenz. (1892) Seine Hinterbliebenen! Die Beerdigung findet am 28. März, nachmittags 2 Uhr in der Friedhofskapelle statt. (1892) Dr. H. H. H.

Am 24. März starb unser Kollege Eduard Jenz. (1892) Seine Hinterbliebenen! Die Beerdigung findet am 28. März, nachmittags 2 Uhr in der Friedhofskapelle statt. (1892) Dr. H. H. H.

Am 24. März starb unser Kollege Eduard Jenz. (1892) Seine Hinterbliebenen! Die Beerdigung findet am 28. März, nachmittags 2 Uhr in der Friedhofskapelle statt. (1892) Dr. H. H. H.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Dr. H. H. H.

Rachruf! Am 23. März, starb unser lieber Kollege Fritz Sahlmann, Arbeiter, Georg Glöde, Hafenarbeiter. Ehre ihrem Andenken. Die Beerdigung vom Kollegen Sahlmann findet am Dienstag, dem 28. d. Mts., nachm. 1 1/2 Uhr, die vom Kollegen Glöde nachmittags 3 Uhr auf dem Vorwerk Friedhof statt. (1892) Dr. H. H. H.

Am 24. März starb unser Kollege Eduard Jenz. (1892) Seine Hinterbliebenen! Die Beerdigung findet am 28. März, nachmittags 2 Uhr in der Friedhofskapelle statt. (1892) Dr. H. H. H.

Am 24. März starb unser Kollege Eduard Jenz. (1892) Seine Hinterbliebenen! Die Beerdigung findet am 28. März, nachmittags 2 Uhr in der Friedhofskapelle statt. (1892) Dr. H. H. H.



Arbeit-Radt-Bund 'Solidarität' Ortsgr. Lübeck. Am 23. 8. starb unser langjähriges Mitglied Georg Glöde. (1894) Ehre seinem Andenken! Beerdigung am Dienstag 3 Uhr, a. d. Vorm. Friedhof Treffpunkt m. Vannervorm Eingang Der Vorstand.

Gr. Sig. u. Utegem. 2. v. (1893) Dundebr. 73, 74. Pflanz-Scharlotten 2. v. (1893) Drögestr. 20.

Zür. Kleiderf. 2. v. gef. Ang. m. Br. u. A 66. (1892) Guterh. Kinderwagen gef. Ang. u. A 67 a. d. C. 18945. Bettlaken zu kaufen gesucht. (18912) Ang. u. A 65 a. d. C. G. Ich nehme Strümpfe zum Stricken an. (18905) Ziegelstr. 56/58. St. Forterrier entlaufen (St. N. A 2067) Wredobringer Bekleidung. (18933) Wredobringer 136.

Felle kauft höchstzahlend Isaac Frankenthal Beckerrube 33. Tel. 3641. (18910) Haare

Wie bekannt zahle ich die höchsten Tagespreise für Lumpen, Eisen, Knochen, Papier, geb. Zeitungen, Flaschen, Messing, Zink, Blei, Felle u. Haare bei reeller Abnahme. (18901) S. Kramer, Krähnenstraße 18.

Zahn-Praxis Eduard Weydenbauer, Dentist. Anfertigung v. Zahnersatz mit o. ohne Gaumenplatte. - Goldkronen und Stützähne, Brückenarbeiten in Gold. - Umarbeiten schlecht pass. Gebisse sowie alle Reparaturen. - Plombieren in Gold, Porzellan, Silber, Amalgam usw. - Zahnbehandlung etc. - (18938) Sprechz.: 9-1 u. 3-6 Uhr, Sonntags 11-12. Lübeck, Schlüsselbuden 32, I.

64 Angebote erbrachte ein dreizeiliges Ziffern-Insert im „Lübecker Volksboten“ Diese Tatsache ist mit ein Beweis dafür, daß auch kleinere und kleine Anzeigen in unserem Lübecker Volksboten gute Beachtung finden und Erfolg haben.